Freitag, 15. Januar 1926. Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. 65. Jahrgang. Nr. 11.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten . 3.80
durch die Post 3.50
ausschl. Postgebühren.
ins Ausland 6 Goldmark bei täglicher Versendung und 5 Goldmark bei 2 mal wöchentlicher Versendung.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



(Posener Warte)
mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Regierungskrise um Piłsudski?

Gerüchte über die Militärorganisation. — Moraczewski ungeduldig? — Vor neuen Ereignissen.

Warschau, 13. Januar. Es bestätigt sich, daß innerhalb des Ministerrates von dem Sozialisten Moraczewski die dringliche Frage aufgeworfen worden ist, wann der Marschall Piłsudski zur Armee zurückkehrt, und daß Moraczewski darauf dringt, den Marschall an die Stelle des Generalstabschefs zu berufen. Gestern wurde in den Wandelgängen des Sejm sogar erzählt, Moraczewski sei ungeduldig geworden und habe mit seinem Rücktritt gedroht, und nur den vereinten Bemühungen seiner Parteifreunde sei es gelungen, ihn zu bestimmen, im Amte zu verbleiben.

Nun hat nach einer halbamtlichen Mitteilung der polnischen Presse der Ministerrat beschlossen, den Ministerpräsidenten zu beauftragen, sich mit dem Sozialisten Moraczewski in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Beratung des Gesetzes über die obersten Militärstellen zu erzielen. Dieses Gesetz, das von Sikorski ausgearbeitet worden war, hat den schärfsten Widerspruch des Marschalls Piłsudski hervorgerufen, der in dem Gesetz lediglich ein Mittel sah, ihn, Piłsudski, sowohl in Friedenszeiten als in Zeiten des Krieges von jeder wichtigen Stelle in der Heeresleitung fern zu halten.

Die Sache nimmt nun einen etwas dramatischen Verlauf, da der Marschall Piłsudski an den „Kurjer Poranny“ heute einen äußerst temperamentvollen Brief richtet, in dem er auf den ganzen Verlauf der Angelegenheit eingeht. Er ärgert sich in diesem Brief vor allen Dingen darüber, daß er fortdauernd mit Fragen überschüttet werde, und er erklärt, er habe schon zu wiederholten Malen offen herausgesagt, was er von dem Gesetz über die höchsten Militärstellen und dessen Urheber, den General Sikorski, denke. Das Ganze sei eine wertlose und für das ganze Land schädliche Arbeit und habe lediglich den Zweck, den Marschall Piłsudski von der Heeresleitung fern zu halten. Dann beklagt sich Marschall Piłsudski vor allen Dingen darüber, daß der Ministerpräsident nicht mit ihm verhandelt habe, obgleich Zeit genug zur Verfügung gestanden habe, und daß er seine Person zum Gegenstand eines politischen Handels macht. Das verstoße nicht nur gegen die Verfassung, sondern gegen die guten politischen Mittel, was noch schlimmer sei. Nach diesem Brief kann man also erwarten, daß die Angelegenheit Piłsudskis in der nächsten Zeit noch sehr lebhafte Wellen im Sejm und in der öffentlichen Meinung schlagen wird.

Die Aussichten der Anleihe.

Warschau, 13. Januar. Die Ankunft der Delegierten der amerikanischen „Banker Trust“ Sichel und Fiescher rief wieder einen ganzen Schwarm von Gerüchten über eine in der nächsten Zeit bevorstehende Anleihe hervor. Die Wahrheit liegt darin, daß diese Herren sich die gesamte Wirtschaftslage Polens und vor allen Dingen das Tabakmonopol in Polen einer genauen Prüfung unterziehen werden. Diese Studien werden mindestens zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen, und nach Abschluß dieses Studiums wird es von dem Bericht, den die Herren ausarbeiten, abhängen, ob Polen eine Anleihe mit Verwendung oder mit Garantiegebung des Tabakmonopols vom „Banker Trust“ erhält oder nicht. Man darf sich nicht verhehlen, daß das amerikanische Publikum einer Anleihe für Polen recht vorsichtig gegenübersteht, nachdem die letzte amerikanische Anleihe vom Februar vollkommen in den Händen des Dialer Trust (Maklerverbandes) geblieben ist. Wie hoch die Anleihe sein wird und ob sie wirklich kommt, kann zurzeit naturgemäß niemand voraussagen. Nach der „Rzeczpospolita“ wünscht Polen eine Anleihe von 100 Millionen Dollar, und man glaubt, daß man sie wenigstens ratenweise auch erhalten könne. Aber irgend welche bestimmte Aussichten hat man nicht.

Das Verzugsstrafengesetz abgelehnt.

Der Senat gegen die Steuermaßnahmen.

In der gestrigen Senatssitzung wurde über das Gesetz von der Berechtigung des Ministerrates zur Erhebung der Verzugsstrafen debattiert. Der Referent der Kommission, Senator Adelmann von der Christl. Demokratie, stellt fest, daß das Motiv des vom Sejm beschlossenen Gesetzes die Tatsache sei, daß die Steuerzahler im Rückstande blieben, um an der Geldentwertung zu verdienen. Da das vergangene Jahr schwerer gewesen sei als das vorvorige, liege kein Grund vor, besondere Mittel anzuwenden, da die Allgemeinheit ihre Pflicht gut erfülle. Der Vizeminister Makowski trat im Namen der Regierung für die Aufrechterhaltung des Gesetzes ein und begründete dies damit, daß das Ministerium die Verzugsstrafen nicht erhöhen müsse, sondern dazu nur berechtigt sei. Das Gesetz könne dann angewandt werden, wenn sich die Notwendigkeit erweise, die Steuerschraube anzuziehen. In der Abstimmung wurde das ganze Gesetz abgelehnt. Darauf beschloß man die Ankündigung von Änderungen im Gesetz über die Eintreibung von Steuern in Getreide und Kohle. Der Senator Kalinowski brachte einen Antrag ein in Sachen der übermäßigen Baukosten des Grabmals des Unbekannten Soldaten. Senator Krzyżanowski vom Arbeitsklub trat mit einer Interpellation hervor, die von Mitgliedern des Arbeitsklubs, des Jüdischen Klubs, der Sozialistenpartei und der „Wyzwolenie“ unterzeichnet war und Übergriffe des Polizeiinspektors Łukomski, des Staatsanwalts Malina, des Richters Rutka und des Applikanten Piotrowski im Zusammenhang mit dem Steigerprozeß betrifft. Die nächste Sitzung des Senats wurde auf den 27. Januar festgesetzt.

Die Sparkommission.

Gestern fand unter dem Vorsitz des Vizemarschalls Pluczyński eine Sitzung der außerordentlichen Sparkommission des Sejm statt, in der Unterstaatssekretär Studzyński über den Verlauf der bisherigen Arbeiten in den vier von der Regierung einberufenen Sparkommissionen berichtete. Die Kommission, die unter dem Vorsitz des Wojewoden Moskalewski steht, beschäftigt sich nicht nur mit dem Budget für das Jahr 1926, sondern auch mit den notwendigen Änderungen in der Organisation der Ämter. Die Kommission des Professors Bobczyński arbeitete die Grundsätze für die Umgestaltung der Behörden und Ämter aus und nimmt dabei zum Teil die im Jahre 1923 ausgearbeiteten Projekte, die nicht gänzlich eingeführt wurden, als Grundlage. Die Kommission des Herrn Chorzemski bearbeitete Fragen des Bürowesens und soll das System der Kanzleitätigkeit neu regeln. Die Kommission für Rechnungs- und Kassenwesen, deren Arbeiten am weitesten vorgeschritten sind, steht unter dem Vorsitz des Herrn Markowski. Die Arbeiten dieser Kommission streben dahin, eine beträchtliche Vereinfachung im bisherigen Manipulationsverfahren herbeizuführen. Über die weiteren Arbeiten der genannten vier Kommissionen entspann sich eine sehr umfangreiche Diskussion, nach der beschlossen wurde, in die Projekte des früheren Innenministers und jetzigen Staatspräsidenten aus dem Jahre 1921 einzusehen und zu prüfen, wie weit diese Projekte realisiert worden sind.

Ein Brief des Marschalls Piłsudski.

Ein „nichtswürdiges Gesetz“.

Der „Kurjer Poranny“ veröffentlicht einen Brief des Marschalls Piłsudski über seine Rückkehr zum Heere. Der Brief lautet: „Geehrter Herr Redakteur! In Ihrem Blatte ist, wie auch wahrscheinlich in anderen Blättern, ein Kommunikat der Polnischen Telegraphen-Agentur veröffentlicht worden des Inhalts, daß „neben anderen laufenden Angelegenheiten“ das politische Komitee „beschlossen habe, daß der Ministerpräsident sich an den Sejmmarschall mit der Bitte wenden solle, die Sejmarbeiten über den Gesetzentwurf von den Obersten Militärbehörden zu beschleunigen“. Nach diesem Kommunikat steht dieser Beschluß im Zusammenhang mit der Anfrage eines der Minister an den Ministerpräsidenten in der Frage „der eventuellen Rückkehr des Marschalls Piłsudski zum aktiven Dienst“. Angesichts dieser amtlichen Auslassungen säume ich nicht mit einer öffentlichen Aufklärung, da ich von allen Seiten mit Fragen über meine „geänderte Stellungnahme“ zur Frage des Gesetzes über die obersten Militärbehörden überhäuft werde. Besonders peinlich sind für mich Anfragen vieler meiner Kollegen aus dem Heere, mit denen ich ehedem im gemeinsamen Kriegsdienst lange Zeit verbrachte. Es könnte nämlich vielen scheinen, daß man mit mir vorher persönlich verhandelte, bevor im „politischen Komitee“ — ich betone diesen Ausdruck absichtlich — über meine Rückkehr zum aktiven Dienst auf der Grundlage meiner Zustimmung zum Gesetz über die obersten Militärbehörden beraten wurde.

Ich muß betonen, daß das oben erwähnte Kommunikat nichts Gemeinsames mit mir hat und daß ich meine Meinung zum Gesetz über die obersten Militärbehörden in nichts geändert habe.

Ich halte dieses Gesetz heute wie früher für eine nichtswürdige Arbeit, die nicht nur dem Heere, sondern auch dem Staate schädlich ist, — mir persönlich gegenüber aber dafür, daß man deutlich sagt, daß der Marschall Piłsudski niemals, selbst bei größerer Gefährdung der Existenz des Staates nicht, eintreten werde. Das ergibt sich in klarer Weise aus allen meinen öffentlichen und offiziellen Äußerungen, sowohl zum Gesetz über die obersten Militärbehörden als auch dessen Verfasser, Herrn Sikorski. Überdies muß ich meine Verwunderung darüber äußern, daß der Ministerpräsident — trotz meiner nur allzu deutlichen Warnungen, die ich zu Beginn der verflossenen Krise und in Gegenwart des Ministerpräsidenten dem Staatspräsidenten gegenüber bei der Abgabe meiner zweiten Erklärung äußerte —, ohne sich mit mir zu verständigen, wozu er offenbar genug Zeit hatte, **meine Person einem „politischen Handel“ auslieferte.** Das ist noch eine weitere Erscheinung der politischen Gebräuche in Polen, zu denen ich nur das sagen kann, daß wer über unsere schlechte Verfassung klagt, getrost hinzufügen kann, daß man eine böse Verfassung noch aushalten kann, aber keineswegs bedeutend schlimmere politische Gebräuche. Ich bitte, den Ausdruck meiner Hochachtung und des Dankes für die Veröffentlichung meines Briefes entgegenzunehmen.

J. Piłsudski.“

Deutsch-polnisches Grenzabkommen.

Der „Kurjer Poznański“ schreibt: Das deutsch-polnische Abkommen über den Grenzverkehr wird jetzt den Bevollmächtigten beider Regierungen zur Unterzeichnung vorgelegt werden. Es regelt die Frage der Grenzübergänge und andere Fragen. Die Sachverständigen arbeiten an einem Abkommen über die Bedingungen für die **Durchfahrt durch den Kreuzburger Korridor.** Unabhängig davon werden **Handelstarifangelegenheiten in ihrer Anpassung an die gegenseitigen Handelsbeziehungen** besprochen werden.

Die Pfarrkirche Oliva Kathedrale.

Graf O'Rourke Bischof von Danzig.

Wie aus Danzig gemeldet wird, hat der Papst durch ein Montuproprio vom 30. Dezember 1925 die bisherige apostolische Administration Danzig in eine Diözese Danzig umgewandelt, deren Grenzen mit denen des Freistaates zusammenfallen, so daß die früher zu Culm und Ermland gehörenden Teile der apostolischen Administration aus der neuen Diözese ausscheiden. Die Pfarrkirche in Oliva wurde zur Kathedrale erhoben und mit den Rechten einer solchen ausgestattet. Mit der Ausführung dieser Bulle ist Bischof Graf O'Rourke beauftragt worden, der gleichzeitig zum Bischof von Danzig ernannt worden ist. In einer anderen Bulle wendet sich der Papst an die Bevölkerung mit dem Appell, dem neuen Bischof Treue und Gehorsam zu bewahren und betont, daß für alle diese Maßnahmen der Gedanke an die Unsterblichkeit der Seele maßgebend gewesen sei.

Großes Bergwerksunglück in Amerika.

105 Bergleute verschüttet.

Wilburton, 14. Januar. (R.) **In einem Bergwerk der Deguan Mr. Lenell-Gesellschaft in Oklahama wurden durch eine Explosion in einer Grube 165 Bergleute verschüttet. Es gelang bis jetzt, acht der verunglückten Bergleute zu retten. Bei den Rettungsarbeiten wurden Stimmen und Klopfgeräusche gehört, so daß die Hoffnung besteht, noch einige von den Verschütteten am Leben zu finden.**

Wilburton, 14. Januar. (R.) **Die Rettungsmannschaft hat bereits 65 der durch die große Explosion verschütteten Bergleute als Leichen geborgen.**

Die Einheitspresse.

rd. Rom, Anfang Januar.

Der vierjährige Krieg um den Besitz der öffentlichen Meinung ist zu Ende. In jenen barbarischen Zeiten, die uns weit entrückt sind, kämpfte man noch um Länderstriche, Kolonien, Selbstbestimmungsrecht, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Petroleum, Mandate, Zivilisation und wie die Ideale alle hießen, die in jenem denkwürdigen Sommer 1919 restlos in einer allgemeinen Friedensgemeinschaft verankert wurden. Diese Liga der freien Völker braucht sich daher gottlob nichts um die Dinge in Italien zu kümmern. Was geht sie Südtirol an, was die Freiheit eines Christenmenschen?

Immerhin soll es zu beiden Seiten des Aequators der Gerechtigkeit noch Menschen geben, die Zeitungen lesen, ja, geradezu einen Rechtsanspruch auf solche Sitte erheben. Da ist es nun tröstlich zu sehen, wie ihnen Farinacci die Qual der Wahl abnimmt und sie mit der großartigen Erfindung der Einheitspresse so trefflich über alles, was in Italien vorgeht, unterrichtet, daß sich Widersprüche von selbst erübrigen. Ein Volk, ein Diktator, eine Presse! Man sollte es nicht glauben, daß sich dem aufs innigste zu wünschenden Ziele Hindernisse entgegenstellten, die zu überwinden es des Aufgebotes der ganzen faszistischen Macht bedurfte. Aber nun ist's geschafft. Als Neujahrsgeschenk konnte Mussolini das neue Pressegesetz seinen „beglückten Untertanen“ in die Hand drücken. Es sieht reizend aus.

Acht Paragraphen nur, aber kernig und schmackhaft wie ein dickgemandelter Pfefferkuchen. Jede Zeitung oder Druckschrift periodischer Natur muß einen verantwortlichen Direktor haben. Der muß in der journalistischen Berufsliste eingetragen sein, dem „Album“. Ohne Albumvers kein Journalist mehr, kein Direktor und kein Reporter. Außerdem bedarf der Zeitungsleiter einer Genehmigung von oben. Procuratore generale heißt der allmächtige Pressegott. Ohne sein Placet kein bedrucktes Zeitungsblatt, keine Anstellung, kein Aufsichtsrat. Gesellschaften haben jedes Jahr ihre Mitgliederliste zur Prüfung vorzulegen. Für die Erfüllung der behördlichen Verfügungen haften die Verleger mit Brieftasche und Maschinen bis zum letzten Centesime und Bleiklumpen. Unnötig wohl, hinzuzufügen, daß auch der Staatsanwalt seine gewichtige Position hat.

Die ausländischen Zeitungskorrespondenten wissen noch nicht genau, ob auch ihre Zulassung von der Einschreibung in den „Orden“ und das „Album“ abhängt. Wenn nicht, kann es noch kommen. Unter Aufsicht stehen sie ja schon lange. Man fragt sich allen Ernstes, ob es noch länger „tragbar“ ist, daß sie von der Uniformierung der italienischen Presse abstechen und sogar Dinge berichten, die in ihr nicht enthalten sind. Ja, es sind bockbeinige Kerle darunter, die sogar eine eigene Meinung haben!

Wenigstens diesem unerhörten Zustand hat, soweit es die vierzig Millionen Einheimischer betrifft, Farinacci ein Ende gemacht. Nicht mit dem neuen Pressegesetz, nein, das bildet sozusagen nur das Siegesbulletin und den Friedensvertrag nach Versailler Muster. Vorher schon wurde der Weg freigemacht, und um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß gesagt werden, daß auch zahlreiche faszistische Blätter unter die Dampfwalze gerieten. Wo nur eine Meinung herrscht, werden eben die meisten Kopien überflüssig.

In diesen Tagen hat das große Zeitungssterben den Höhepunkt erreicht. Wie Blätter im Herbste fallen sie. Da liegt die „Epoca“ am Boden, früher contra, dann pro. Dann hauchte die „Idea nazionale“ ihren kriegerischen Geist aus oder vielmehr in die „Tribuna“ hinein, die gestern contra war, heute mehr als pro ist. Das „Impero“ fühlt sich schier abgesägt daneben. Wie die Trutzburgen im Norden geschleift wurden, der „Corriere della Sera“ und die „Stampa“, ist bekannt. Originell die Blockade der letzten liberalen Festung im Süden, des „Mattino“. Farinacci ging nach der Aushungerung mit dem Sturmbock des Ankaufs vor, doch kam ihm ein faszistischer Abgeordneter, sagt man, zuvor. Der wurde darauf aus der Partei ausgestoßen und rächte sich nun, indem er Mussolini persönlich das Aktienpaket zu Füßen legte. Der Duce weiß noch nicht recht, wie er sich zu dem Geschenk verhalten soll.

Von der Provinzpresse spricht man überhaupt nicht mehr. Die Südtiroler kriegen selbstverständlich von Regierungs wegen nach Prager Muster eine (einzige) Tageszeitung in deutscher Sprache auferlegt. Die demokratische Presse mußte Harakiri begehen, ein rotes und ein republikanisches Blättchen dürfen vorläufig noch als Hofnarren Spaß machen.

Einheitspresse! Staatspresse! Warum bloß immer Tabakmonopol?

*

Das Pantheon.

Rom, 11. Januar. Heute morgen wurde die Leiche der Königinmutter im Pantheon beigesetzt.

Es steht am tiefsten Punkte der Stadt. Es ist die Achse, um welche die Geschichte kreist. Immer tiefer sinkt sie in den Zeitenschutt ein.

Seit die Menschen von der Straße weg in den Tempel hineingehen, nicht mehr hinaufschreiten die Stufen, die nun archäologische Schichten decken, seit vielen Jahrhunderten wird das Pantheon mißverstanden. Legenden ranken sich um den göttlich einfachen Rundbau ohne Zahl, aber das Volk, müde der widerspruchsvollen Auslegungen, nennt ihn nur noch La Rotonda, die Runde,

oder auch Santa Maria Rotonda, was in dieser Verkürzung die runde heilige Maria heißt.

Die christliche Religion hatte nämlich mit dem verständlichen Stolz der Siegerin über die gestürzte der Vielgötterei und mit wenig Verständnis für die Neutralität der Kunst auch aus dem Pantheon, dem „Tempel aller Götter“, eine Kirche gemacht, wie aus den meisten antiken Gebäuden, die das Einnisten noch lohnten. Ein pantheistischer Tempel ist aber das Pantheum niemals gewesen, sondern nur die Weihehalle für die höchsten der Götter. Doch war die Kuppelwirkung eine so intensive, daß schon im Altertum die erste Verwechslung aufkam: man sprach von dem Symbol des Himmelgewölbes, dem „Hochheiligen“. Als nun im 7. Jahrhundert eine Märthrerkirche daraus wurde, angefüllt mit Gebeinen aus den Katakomben, wurden der Sitte gemäß die Großen des betreffenden Kirchensprengels hier beigesetzt — Große, die bald vergessen waren. Bis Raffael seinen Einzug hielt.

Sozusagen nur aus topographischen Gründen hereingekommen, gab er doch seinen Epigonen das Stichwort zur Nachahmung und damit zum nächsten Mißverständnis. Denn nun drängte alles nach, was zwar auch zur Kunst zu gehören glaubte, aber in ganz anderen Stadtvierteln wohnte. Noch im Tode wollte die liebe Eitelkeit sich an der Sonne des Malerfürsten wärmen, und wer seinen Leib nicht herbringen konnte, der ließ wenigstens von gefälligen Freunden seine Büste daneben aufstellen. Aus Walhall wurde der Marktplatz billigen Nachruhmes.

Dann wüteten die baulustigen Päpste in der Sinfonie des Raumes und der Masse, des Erzes und Marmors. Längst hatten die vergoldeten Bronzeziegel den Weg nach Byzanz gefunden, tausend Jahre später ließ Urban VIII., ein Barberini, aus den ehernen Dachsparren Kanonen für die Engelsburg gießen, und die merkwürdig verdrehten Säulen über dem Hochaltar der Peterskirche. Um etwas zum Ausgleich zu geben, hieß er Bernini zwei Glockentürme auf den Giebel pfuschen. Da spottete Pasquino des Bauherrn wie des Baumeisters: Was die Barbaren nicht machten, machten die Barberini! Und die dummen Türmchen hieß man die Eselsohren Berninis.

Erst im 18. Jahrhundert mußten die eitlen Mieter in Marmor ausziehen, erst vor vierzig Jahren fielen die Eselsohren. Eines freilich wanderte nach Paris aus und darf infolgedessen nicht anders als mit devoter Verbeugung vor dem „Genius Frankreichs“ genannt werden: die Kopie des Pantheons. Statt der Weiheinschrift für Agrippa liest man nun dort an der Seine: Aux genies de la France la Patrie réconnaissante. Die Römer spötteln nicht schlecht darüber — aber sie selber nahmen den Irrtum auf, als sie nach einer würdigen Grabstätte für den ersten König Italiens suchten. Die Idee war verfehlt, aber der Irrtum erwies sich als glücklich, denn ein würdigeres Mausoleum ließe sich am Tiber nicht finden.

Noch in seiner schamlosen Entblößung, in seinem Tüncheanstrich, wo erlesener Marmor die sieben Meter dicken Mauern verkleidete, noch in seiner Verkennung ist das Pantheon übermächtig. Kein Fenster öffnet sich nach der Irdischkeit, droben nur in der Höhe schaut das Riesenauge in den heilig hohen Himmel. Schauen durch die kreisrunde Öffnung, die noch der alte Bronzering säumt, die Sterne herein. Schier faustgroß steht einer darüber, sein Schein bricht sich an der eisernen Krone auf dem Porphyraltar, fällt auf die Nische dahinter: In diesem Sarkophag ruht der ermordete Humbert I. Und der Strahl braucht nicht viel weiter zu wandern, um, abblitzend am blanken Degen der die Ehrenwache haltenden Offiziere, in eine andere Nische zu weisen: man bettet die Königin Margherita zum letzten Schlummer an der Seite ihres Gemahls.

Gustav W. Eberlein (Rom).

Um die Kürzung des Militärdienstes.

In der gestrigen Sitzung der Sejmkommission für militärische Angelegenheiten wurde der Antrag der Sozialistenpartei über die Kürzung der Militärdienstzeit besprochen. Der in der Sitzung anwesende Kriegsminister General Żeligowski ergriff das Wort, um u. a. folgendes auszuführen: „In jedem großen Kriege werden Klagen über ungenügende Vorbereitung der Reservisten laut. Es handelt sich nun darum, daß die künftigen Geschlechter uns nicht mehr vorwerfen können, daß wir den Staat zum Kriege schlecht vorbereitet hätten. In unserem Heere herrscht die Form über den Inhalt. Man muß das Kasernensystem in ein Feldsystem umwandeln. Da alljährlich nicht ganz 70 000 Rekruten zum Heere genommen würden, entstünden bei der Mobilisierung große Schwierigkeiten. Deshalb bin ich im Prinzip für eine Kürzung der Militärdienstzeit, doch darf der Übergang zur verkürzten Dienstzeit nicht plötzlich vor sich gehen. Es fehlt dazu an Berufsleuten und an Übungsplätzen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen üben die Soldaten kaum 20—25 Tage im Jahre. Es sind sechs Monate Feldübungen nötig. Im Zusammenhang mit der Agrarreform muß man an Übungsgelände denken. Die Linienoffiziere wird man hinsichtlich der Besoldung und des Ruhestandes privilegieren müssen. Für die Durchführung einer gänzlichen Reform der militärischen Ausbildung werden einige Jahre nötig sein. An die gesetzliche Kürzung der Dienstzeit wird man nach zwei Jahren herantreten können. Der Abg. Załuska vom Nationalen Volksverband stellt in der Diskussion den Antrag, daß die Kommission in ihrem Bericht für das Sejmplenum die Regierung auffordern solle, zu den betreffenden Anträgen Stellung zu nehmen bzw. dem Sejm entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen.

Die Liquidationsliste für das Jahr 1926 ungültig.

In der gestrigen Ausgabe der „Warszawianka“ führt Prof. Stroński den Nachweis, daß das Verzeichnis der zur Liquidierung bestimmten Landgüter, wovon hauptsächlich deutsche Agrarier betroffen werden, ungültig sei. Stroński schreibt:

„Am Donnerstag, dem 7. d. Mts., stand auf der Tagesordnung der Ministerratssitzung die Aufstellung eines Namensverzeichnisses. Am Freitag, dem 8. d. Mts., erfuhr ich, daß der „Dziennik Ustaw“, der das Bodenreformgesetz vom 28. Dezember 1925 enthalte, in Vorbereitung sei, aber noch nicht erschienen ist, ferner daß eine Verfügung über das Namensverzeichnis in Druck sei.

Am Sonnabend, dem 9. d. Mts., erschien der „Dziennik Ustaw“ Nr. 1 vom 9. Januar 1926, der an erster Stelle das Bodenreformgesetz vom 28. Dezember 1925 enthielt, und gleichzeitig der „Dziennik Ustaw“ Nr. 2, gleichfalls vom 9. Januar 1926, in dem die Verordnung des Ministerrats über die Festlegung des Namensverzeichnisses für das Jahr 1926 veröffentlicht wurde.

Die Verordnung über das Namensverzeichnis ist im „Dziennik Ustaw“ als Verfügung des Ministerrats vom 9. Januar 1926 aufgeführt und lautet eingangs:

„Auf Grund des Teils 1 und 3 des Artikels 19 des Gesetzes vom 28. Dezember 1925 über die Ausführung der Bodenreform (Dz. Ust.“ vom Jahre 1926 Nr. 1, Pos. 1) wird folgendes verfügt . . .“

Die Verordnung vom 9. Januar 1926 beruft sich also auf die Veröffentlichung eines Gesetzes im „Dziennik Ustaw“, das erst am 9. Januar erschienen ist. Das Gesetz selbst aber sieht in Art. 19 vor: 1. Festlegung eines Namensverzeichnisses durch den Ministerrat, 2. Veröffentlichung desselben.

Die erste und hauptsächlichste dieser beiden Handlungen, die Festlegung des Namensverzeichnisses, erfolgte in der Ministerratssitzung vom 7. Januar, d. h. vor der Veröffentlichung und Inkraftsetzung des Gesetzes, ist also von Rechts wegen ungültig.

Wie konnte der Ministerrat überhaupt diese Angelegenheit auf seine Tagesordnung setzen, bevor das Gesetz in Kraft getreten war. Wie konnte der Bodenreformminister Anträge stellen, wie konnte der Rat so weitgehende Beschlüsse hinsichtlich der Beschränkung der Rechte der Staatsbürger fassen, wie es die Enteignung ist?

Es war gesetzwidrig, daß der Bodenreformminister mit Anträgen vor der Inkraftsetzung des Gesetzes hervortrat; es war ferner gesetzwidrig, daß der Ministerrat vor der Inkraftsetzung des Gesetzes diese Anträge annahm und das Verzeichnis festlegte, wozu doch erst das Gesetz selbst ermächtigt. **Infolge dieser Gesetzwidrigkeit ist das Namensverzeichnis für das Jahr 1926 ungültig.**

Wie die Sache zurzeit steht, kann und muß jeder von der Verordnung über das Namensverzeichnis Betroffene diese Verordnung als ungesetzlich betrachten und sich mit einer Beschwerde beim Verwaltungsgericht dagegen wehren.“

Traditionelle Toleranz.

In Dombrowa gibt es eine Kapelle oder richtiger gesagt eine ärmliche Bretterbude, in der der Pfarrer Andrzej Huszna Gottesdienste abhält. Diese Kapelle der polnisch-katholischen Kirche (Nationalkirche) hat der Kommissar Papuscik geschlossen und versiegelt, welche Maßnahme er damit begründete, daß eine nicht legalisierte Glaubensgemeinschaft keine religiösen Übungen abhalten dürfe, da dies mit dem Gesetz und der Verfassung im Widerspruch stehe.

Am 3. Dezember 1925 verfügte das Dombrowaer Friedensgericht die Fortnahme des Siegels von der Eingangstür zur Kapelle, wohingegen bald darauf, am 14. Dezember, in einer anderen Gerichtsverhandlung auf Grund des Art. 113 der Verfassung die Schließung der Kapelle angeordnet wurde, da es hierbei um eine Kirche einer gesetzlich nicht anerkannten Religionsgemeinschaft handle. Bei der Urteilsfällung wurde der Artikel 111 derselben polnischen Staatsverfassung vollständig außer acht gelassen, der den Bürgern Freiheit des Bekenntnisses und der religiösen Übungen gewährleistet.

Die polnisch-katholische Kirche in Dombrowa zählt beiläufig 10 000 Mitglieder. Im ehemaligen Kongreßpolen und Galizien besitzt sie etwa 200 000 Anhänger.

Wann endlich — so fragt der „Robotnik“ — werden all diese Schikanen und Verfolgungen ein Ende nehmen? Wann wird die Verfassung endlich aufhören, für die Ämter und Behörden ein Papierfetzen zu sein?

Polen, Italien, Tschechoslowakei.

Prager Politik.

Das dem Ministerpräsidenten Swehla nahestehende Blatt „Wetscher“ („Der Abend“), das Sprachrohr der tschechischen Agrarier, befaßt sich an leitender Stelle mit der Tatsache, daß gewisse Londoner und Pariser Kreise trotz allem, was vorgefallen sei, Ungarn immer wieder die Stange halten, und meint, die Tschechoslowakei müsse daraus die Folgerung ziehen, ihr Verhältnis zu Italien zu vertiefen und zu befestigen. Man dürfe nicht vergessen, welch großen Einfluß Italien in Wien und Budapest besitze. Könne man nicht durch unmittelbare Teilnahme an diesen Einflüssen— auf Grund einer engeren Einigung mit Italien — künftigen unangenehmen Zwischenfallen vorbeugen? „Die Sicherheit Italiens“, so erklärt das Blatt weiter, „sowie unsere Sicherheit erfordern den Status quo. Wäre es nicht richtiger, wenn sich beide Parteien dies offen sagten und sich auch gründlich in diesem Sinne einigten? Die Herbeiführung eines wirklichen Bundesverhältnisses mit Italien wird eine der wichtigsten Aufgaben der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei bilden.“

Weiter gibt das Blatt eine Unterredung mit dem polnischen Gesandten in Prag, Graf Lasocki, wieder. Der Gesandte sprach sich sehr zuversichtlich über die künftige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und der Tschechoslowakei aus.

In den letzten Jahren seien sich beide Brudernationen sehr nahe gekommen. Der angekündigte Besuch des polnischen Ministerpräsidenten, Graf Skrzyński, in Prag werde ein weiterer Schritt auf dem Wege der freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Staaten sein. Bezüglich der Schaffung einer polnisch-tschechischen Zollunion erklärte Graf Lasocki, diese Frage sei noch nicht reif zur praktischen Lösung. Jedenfalls sei es aber sehr bezeichnend, daß dieser Gedanke sowohl in der polnischen wie in der tschechoslowakischen Öffentlichkeit sympathisch (Man sehe nur den Artikel des „Czas“, der der Zollunion ablehnend gegenübersteht! Red. „Pos. Tagebl.“) aufgenommen worden sei. Der Gesandte schloß mit den Worten, die öffentliche Meinung Polens wünsche aufrichtig sobald wie möglich eine Verständigung zwischen den tschechischen und slowakischen Bruderstämmen, in dem Bewußtsein, daß eine starke Tschechoslowakei von großem Wert für Polen sei.

Republik Polen.

Moraczewski tritt doch zurück?

Die „Agencja Wschodnia“ meldet: „Gerüchten zufolge hat der Minister Moraczewski in der Sitzung des Vollzugsausschusses der Sozialistenpartei die Absicht, aus der Regierung auszuscheiden, bestätigt und trotz Drängens seinen Entschluß nicht zurückgenommen.“ Als Grund gilt der Umstand, daß der Antrag Moraczewski über Pilsudski keine sofortige Zustimmung im politischen Komitee des Ministerrates gefunden habe.

Amerikaner.

Die Vertreter der Bankers Trust, die Herren Fischer und Siechel, sind gestern in Warschau eingetroffen. Sie werden sogleich mit polnischen Sachverständigen an die Prüfung der Tabaksmonopolorganisation in Polen herantreten.

Noch nicht abgeschlossen.

In der „Rzeczpospolita“ lesen wir: Die Untersuchungen des Prof. Kämmerer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens sind nicht als abgeschlossen zu betrachten. Noch vor seiner Abreise nach Amerika sind ihm verschiedene Voranschläge, statistische Aufzeichnungen und Gesetzestexte eingehändigt worden, die Prof. Kämmerer nach Amerika mitnahm. Das mitgenommene Material wird ihm dazu dienen, sein Gutachten über die Wirtschaftsfragen Polens zu vervollständigen.

Die neue Partei.

Dem „Kurjer Poznański“ wird aus Warschau gemeldet: Gestern ist ein Aufruf der neuen Bauernpartei erschienen, in dem ein bäuerliches Klassenprogramm aufgestellt wird. Der Aufruf betont, daß dieser Plan in der „Wyzwolenie“ nicht verwirklicht werden könne, da diese von städtischen Freimaurern beherrscht sei. Der Aufruf fordert im weiteren Verlauf zum Eintritt in die Piastenpartei, in den Bauernbund, die Okońgruppe usw. auf. Er kündigt ferner die Schaffung einer gemeinsamen Grundlage für die Arbeit mit den weißrussischen und ukrainischen Bauern unter Mitwirkung der radikalen Arbeiter für die künftige Regierung Polens an.

Der Dollarsturz.

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ hat der Dollarsturz auf 7 zł unter den Spekulanten Verwirrung gestiftet. Die Bank Polski und die Devisenbanken sollen mit Dollars überhäuft werden.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(70. Fortsetzung.)

Die Provinz geriet in Aufruhr. Zu Zehntausenden flogen die kleinen Anteile auf den Markt. Jeder wollte retten, was noch zu retten war. Die Banken mußten überall ihre Bürostunden verlängern, um dem Andrang des Publikums gerecht zu werden. Am Morgen des dritten Tages war der Kurs dort, wo Heidenberg ihn haben wollte — auf fünf!

Und nun — —

In der Presse erschien eine Erklärung, daß angesichts der Katastrophe der Vaterländischen Neulandgesellschaft ein Konsortium der Großbanken mit der Deutschen Bankgesellschaft an der Spitze sich entschlossen habe, die Interessen der Anteilscheinbesitzer, die sich meistens aus den erwerbenden Schichten der Bevölkerung zusammensetzten, zu schützen und zu diesem Behufe bereit sei, die Anteilscheine mit zehn Prozent über dem Parikurs zu übernehmen.

Die öffentliche Meinung atmete auf. Ruhe trat überall ein, und die Anteilscheine stiegen auf vierzehn — — —

Aber Reinhold Gehrke und Kompagnie waren geschlagen. Dieses Mal entscheidend. Um die Medio-Verpflichtungen zu decken, mußten sie allen ihren Aktienbesitz abgeben und außerdem noch die Amsterdamer Filiale liquidieren.

„Es gibt noch Mittel,“ sagte Doktor Behrens. „Wir bieten Heidenberg Frieden an und verkaufen ihm unser Paket Deutsche Bankgesellschaft. Er wird sie gern und gut nehmen.“

„Famose Idee!“ schrie Avalescu. „Wir hätten sie zwar nie kaufen sollen, aber vielleicht können wir ihm jetzt auch die Daumenschrauben ansetzen.“

„Das wohl nicht,“ meinte Behrens. „Er hat diese Kampagne sicher nur inszeniert, um uns in die Ecke zu zwingen. Also mit den Daumenschrauben wird es wohl nichts werden. Sie scheinen den Mann noch immer nicht zu kennen, verehrter Herr Avalescu.“

Doch der Rumäne rannte sich in die Idee fest.

„Wissen Sie, Gehrke, was Sie machen könnten?“ sagte er. „Sprechen Sie doch mit dem Mädel — die hat uns doch damals auch geholfen, das Paket Mannheimer an ihn zu verkaufen. Schließlich, wenn sie auch jetzt seine Geliebte ist, so wird sie Ihnen doch bestimmt helfen.“

Behrens zuckte verächtlich die Schultern und sah Reinhold an.

Der saß an seinem luxuriösen Schreibtisch, stützte den Kopf in beide Hände und antwortete nicht.

„So machen Sie doch!“ drängte Avalescu. „Wir haben nicht viel Zeit. Morgen ist die gottverfluchte Generalversammlung.“

Reinhold griff mechanisch zum Telephon. — — —

Doch er ließ es wieder fallen.

Er sah Hannah vor sich, ihren Bruder. Sah Heidenberg selbst — — Sah die Szene in dem Zimmer des Generaldirektors — sich selbst zwischen dem Mädchen und dem Manne — — Sah dieses „Damals“ und jetzt — jetzt —!

„Ich kann nicht!“ knirschte er. „Das kann ich nicht!“

„Was heißt, Sie können nicht!“ höhnte sein Kompagnon. „Wohl zu stolz und zu vornehm! Für mein Geld, mein lieber Freund, können Sie sich den Luxus solcher Gefühle nicht leisten! Sie sind verpflichtet, alles zu tun, um uns aus der Soße zu ziehen, in die Sie uns geritten haben — —“

„Um Gottes willen, Avalescu, halten Sie den Mund!“ schrie Reinhold zurück, „ich bin mit meinen Nerven am Ende.“

Seine Augen waren so wild, sein ganzes Gesicht so verzerrt, daß der andere sich sofort drückte und in seine Ecke zurückzog. Dort hockte er sich in einen der stolzen Lederfauteuils und redete Unverständliches vor sich hin.

„Müssen wir die Deutsche Bankgesellschaft abgeben?“ fragte Reinhold Behrens. „Bis jetzt habe ich sie mit Eisenklammern gehalten, — sie sind unsere letzte und beste Stütze! Wozu die ganze Generalversammlung, wenn wir schon jetzt zu Kreuze kriechen? Und so noch dazu? Ich kann's nicht, ich kann's nicht! Beim besten Willen nicht! Etwas Ehrgefühl muß man doch im Leibe haben!“

Der Rumäne schrie etwas von seiner Ecke her, aber sie achteten nicht auf ihn.

„Ich kann ja Justizrat Gläßner anfragen,“ meinte Behrens, „ob Frau Heidenberg ihre Dispositionen geändert hat. Wenn nicht — nun, dann haben wir es wirklich nicht nötig — — —“

Er rief den Justizrat an, der die Interessen Gerda Heidenbergs vertrat und auch auf der Generalversammlung vertreten würde.

„Bis jetzt habe ich,“ gab der Rechtsanwalt Bescheid, „von meiner Mandantin keine Instruktionen erhalten, die mich veranlassen könnten, zu glauben, sie hätte ihre Intentionen geändert. Übrigens ist sie gar nicht in Hamburg, sondern hat einen Ausflug nach Westerland gemacht. Ich habe heute morgen erst das Hotel angerufen und diese Auskunft bekommen.“

„Also!“ rief Reinhold, „wozu die Flinte ins Korn werfen! Die Hauptsache ist, daß wir über den Stoß hinwegkommen, ohne die Deutsche Bankgesellschaft zu verkaufen. Morgen wird sich dann das weitere finden!“

Er hielt den Kopf wieder hoch und führte am Abend Herrn und Frau Geheimrat von Kestner in seinem neuen Mercedes nach Wannsee.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Heidelberg als Musikstadt.** Heidelberg, das lange Zeit im süddeutschen Musikleben an führender Stelle stand, ist auf dem Wege, seinen alten Ruf neu zu behaupten. Die Deutsche Brahmsgesellschaft hat sich entschlossen, Ende Mai 1926 das Sechste Deutsche Brahmsfest an dieser bekanntesten Stätte deutscher Romantik abzuhalten. Wilhelm Furtwängler hat wiederum die musikalische Führung übernommen, und als Fest-Orchester wurden die Berliner Philharmoniker gewonnen.

Um die neue deutsche Regierung.

Aus dem Reichstag.

Berlin, 14. Januar. (R.) Für heute sind im Reichstage Fraktionssitzungen der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen einberufen. Die Sitzungen finden nach Schluß der Plenarsitzung statt. Nur die Deutschnationalen versammeln sich kurz vor dem Plenum. Das Zentrum hat eine neue Fraktionssitzung bisher noch nicht angesetzt. Es will erst die Rückkehr des Abgeordneten Fehrenbach von seiner Besprechung mit Dr. Luther abwarten.

Zu dem Empfang der beiden Parteiführer beim Reichspräsidenten erfahren wir noch folgendes: Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach hat den vom Reichspräsidenten geäußerten Gedanken, daß Reichskanzler Dr. Luther ein „neutrales Kabinett der Mitte" bilden soll, unverzüglich zugestimmt. Reichsminister a. D. Koch, der Führer der Demokraten, hat an den Reichspräsidenten die Frage gerichtet, was unter einem solchen neutralen Kabinett der Mitte zu verstehen sei. Der Gedanke wurde dann dahin interpretiert, daß ein solches Kabinett unabhängig nach beiden Seiten sein soll.

Nachdem der Ältestenrat des Reichstages heute vormittag beschlossen hatte, in den Plenarsitzungen vom Sonnabend dieser Woche bis Dienstag nächster Woche einschließlich eine Pause eintreten zu lassen, ist nach Lage der Dinge damit zu rechnen, **daß am Mittwoch nächster Woche voraussichtlich die neue Regierung sich dem Reichstag vorstellen kann und wird.**

*

Wie gemeldet wird, beabsichtigt Dr. Luther, als Reichsjustizminister den früheren Reichskanzler Marx und als Reichswirtschaftsminister Rechtsanwalt Dr. Lammers, der Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, zu berufen. Außerdem würden dann noch im Reichskabinett vom Zentrum Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verbleiben. Wie wir weiter erfahren, soll das Zentrum beabsichtigen, sich mit der Berufung der genannten Kandidaten einverstanden zu erklären.

Berlin, 14. Januar, mittags 11,50 Uhr. Wie die Tel.-Union erfährt, empfing Dr. Luther heute vormittag den Abgeordneten Fehr von der Wirtschaftlichen Vereinigung (Bayerischer Bauernbund). Um 12 Uhr wird der Reichskanzler im Reichstag die für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien gemeinsam empfangen.

Zur Regierungsbildung.

Berlin, 14. Januar. (R.) Dr. Luther verhandelte heute im Laufe des Vormittags, der „B. Z." zufolge, mit den beiden Zentrumsführern Marx und Fehrenbach. Bei den Besprechungen sollen nicht nur die prinzipiellen Fragen, sondern auch die persönlichen Voraussetzungen für die Beteiligung des Zentrums an der Regierungsbildung erörtert worden sein. Das Blatt hält es für sicher, daß das Justizministerium und das Ministerium der besetzten Gebiete Dr. Marx angeboten wird.

Berlin, 14. Januar. (R.) Dr. Luther fand sich heute mittag im Reichstagsgebäude ein, um die Besprechungen mit den Parteiführern fortzusetzen. Um 12 Uhr empfing er zunächst den Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) allein. Nach einer Viertelstunde wurde der Abgeordnete Koch-Weser (Demokrat) zu der Besprechung zugezogen. Der Abgeordnete Leicht (Bayerische Volkspartei) wurde darauf aufgefordert, ebenfalls an der Besprechung teilzunehmen.

Das mutmaßliche Kabinett.

Das mutmaßliche Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Kanzler: Luther, Äußeres: Stresemann, Inneres: Koch, Justiz: Marx, Reichswehr: Geßler, Wirtschaft: Dr. Fehr. Die übrigen Ministerien unverändert. Am kommenden Mittwoch soll sich das Kabinett dem Parlament vorstellen.

Die ungarische Frankenaffäre.

Neue Enthüllungen.

Die „Köln. Ztg." meldet: „Die Opposition verlangte vom Ministerpräsidenten das Einschreiten gegen eine Reihe von Persönlichkeiten, die ihrer Meinung nach in die Angelegenheit der Frankenfälschung verwickelt seien. Graf Bethlen antwortete, daß der bisherige Verlauf der Erhebungen gegen die genannten Persönlichkeiten keine Verdachtsmomente ergeben habe.

Es verlautet, daß Prinz Windischgrätz gestern vor dem Staatsanwalt drei Stunden hindurch unter vier Augen verhört worden sei. Hiernach erstattete der Oberstaatsanwalt dem Justizminister Bericht. Die Blätter wollen erfahren haben, daß Prinz Windischgrätz in diesem Verhör seine bisherigen vorsichtigen Äußerungen ergänzt und solche Personen als Mitschuldige genannt habe, die bisher noch niemals erwähnt worden seien. Doch soll auch diese Aussage noch nicht erschöpfend sein. Es soll beschlossen worden sein, die von ihm genannten Personen zu vernehmen, und die Blätter prophezeien große Überraschungen, um so mehr, als auch die den rechtsradikalen Parteien angehörenden Verteidiger Dr. Ulain und Dr. Daner erklärt haben, sie würden auf eigene Faust Erhebungen anstellen. Von der Einschaltung des Abgeordneten Ulain in die Verteidigung erwartet man eine plötzliche Wendung der Dinge. Dieser Abgeordnete verteidigte auch die Angeklagten im Csongrader Bombenprozeß und setzte deren Freisprechung durch, da er den Beweis erbringen konnte, daß die Angeklagten ihr Geständnis unter polizeilicher Folgerung gemacht hätten. Ulain wirkte auch als Verteidiger in dem Bombenprozeß gegen Marsy und Genossen mit, die in der ersten Instanz zum Tode verurteilt, in der zweiten freigesprochen wurden. Man traut es Ulain zu, daß er auch jetzt neue Beweismittel herbeizuschaffen vermag.

Höchst merkwürdig klingt es, daß der Verteidiger des Prinzen Windischgrätz, Dr. Daner, den Polizeichef Nadossy vor der Öffentlichkeit als den Hauptschuldigen hingestellt habe; er erklärte, daß dieser die ganze Fälschung mit seinem Ansehen gedeckt und gefördert habe, daher der am meisten Schuldige sei. In der am Sonnabend veröffentlichten amtlichen Mitteilung wurde Prinz Windischgrätz als der Hauptschuldige und Nadossy als der Gefoppte hingestellt.

Höchst merkwürdig ist auch eine neue Aussage des technischen Rates Geroe und des Sekretärs Raba über die Rolle eines angeblichen Bayern mit Namen Schulze. Dieser Mann wäre vor neun Monaten in Budapest eingetroffen und hätte den Landespolizeichef Nadossy besucht. Er habe sich darauf berufen, daß er durch gewisse Mitteilungen die patriotischen Ziele Nadossys fördern könne, und diesem erzählt, daß er in einer bayerischen Stadt eine gut eingerichtete Geldfälscherwerkstätte besäße, in der er gut gelungene 500-Franken-Noten hergestellt habe. Er hätte Nadossy auch einige der falschen Scheine gezeigt und ihm weiter gesagt, es wäre ihm gelungen, die Erzeugung in großem Maßstabe aufzunehmen, als der deutschen Polizei seine Pläne entdeckt seien und er nur Zeit gehabt hätte, die Werkstätte in die Luft zu sprengen und sich in Sicherheit zu bringen. Der Mann habe Nadossy versprochen, eine Fälscherwerkstätte einzurichten, in der 1000-Franken-Scheine hergestellt würden. Was Schulze mit Nadossy verabredet habe, weiß Geroe nicht. Er wußte nur mitzuteilen, daß er Schulze wiederholt mit Windischgrätz, Nadossy und Jankowitsch gesehen habe. Auch Raba will Schulze bei einem Mittagessen in eingehenden Unterhandlungen mit Windischgrätz und Nadossy gesehen haben. Schulze soll auch verschiedentlich im Kartographischen Institut erschienen sein und dort Ratschläge bezüglich der Herstellung der falschen Noten erteilt haben. Schulze sei ein Mann mittlerer Statur, etwa 55 Jahre alt und überaus elegant gekleidet, von weltmännischem Auftreten, er habe auch ausgezeichnet Französisch und Englisch gesprochen. Nachdem die Frankenfälschungsarbeit begonnen habe, sei Schulze plötzlich von Budapest verzogen und nach Paris gegangen, und dort soll er der französischen Regierung für eine große Belohnung die Budapester Frankenfälschungsaktion verraten haben. Nur dadurch wäre es möglich geworden, daß die französische Regierung über alle Einzelheiten der Frankenfälschung so genau unterrichtet sei."

Das Chaos in China.

Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt:

„Die Lage in Nordchina hat sich in den letzten Tagen derart kompliziert, daß selbst die Berichterstatter englischer Blätter am Ende ihres Lateins stehen und den aussichtslosen Versuch einer Erklärung der sich kreuzenden und widersprechenden Nachrichten aufgeben. Doch scheint sich wenigstens die Nachricht zu bestätigen, daß General Feng China verläßt und sich zunächst noch Moskau begibt. Auf seinen Entschluß dürfte die Furcht vor einem Attentat nicht ohne Einfluß geblieben sein; Feng soll von jeher vorausgesehen haben, daß er ermordet werden würde, und die Ermordung des Generals Hsu, eines vertrauten Freundes des provisorischen Präsidenten Tuan, hat die Möglichkeit eines Racheaktes nahe gerückt, da vielfach geglaubt wird, daß Feng selber an dem Mord nicht unbeteiligt war oder doch den Mörder nachträglich geschützt habe.

Was Marschall Tuan mit seinen Ankündigungen, daß er demnächst zurücktreten werde, und mit der Zurücknahme dieser Drohungen eigentlich beabsichtigt, weiß man auch in Peking nicht. In dortigen britischen Kreisen scheint man zu befürchten, daß ein Rücktritt Tuans schwere Verwicklungen zur Folge haben würde. Einem Telegramm der „Times" aus Peking zufolge rechnet man mit der Möglichkeit, daß sich eine extrem radikale Regierung bildet, die einen engen Anschluß an Moskau suchen und die Zollkonferenz sowie die Konferenz über die Exterritorialität der Ausländer durch allerlei Schikanen unmöglich machen würde. Diese letztere Konferenz ist bisher nicht eröffnet worden, wofür die Diplomaten einen bequemen Vorwand darin gefunden haben, daß der Vertreter von Peru noch nicht eingetroffen ist. Der Auflösung dieser Konferenzen würde sodann, wie die Engländer in Peking befürchten, die Ungültigkeitserklärung der Kapitulationsverträge folgen, was natürlich zu unabsehbaren weiteren Verwicklungen führen müßte.

Peking, 9. Januar. (Reuter.) Das Zirkulartelegramm des Präsidenten Tuan Schi-hui, das seine Demissionsabsicht ankündigt und gestern nach vorgenommener Revision abgesandt wurde, enthält kein Datum für die Demission. Es wird als Versuchsballon betrachtet, als Einleitung zu einer Bewegung, die das Verbleiben Tuans bezweckt.

Nachdem das Kabinett die Demission Feng Yuhsiangs angenommen hatte, ernannte es den General zum Spezialkommissar und betraute ihn mit dem Studium der industriellen Verhältnisse im Auslande. Seine beiden Hauptunterführer, die Generale Tschang und Lo-Ming-chun, wurden zu Zivilgouverneuren ernannt, der erstere für Nordwestchina, der andere für die Provinz Kuansu.

Tokio, 10. Januar. (Havas.) Über die Demission des Generals Tschangtsolin sind widersprechende Meldungen in Umlauf gesetzt worden. Nach einigen Blättern ist er nicht entschlossen, sich zurückzuziehen; wieder andere behaupten, er werde sich zusammen mit seinen Söhnen zurückziehen. Eine amtliche Bestätigung hierüber liegt noch nicht vor.

Im Ministerium des Äußern wird erklärt, daß, falls die chinesische Zollkonferenz und die Exterritorialkonferenz wegen der Demission Tuans verschoben würden, Japan nicht beabsichtige, seine Delegierten zurückzuberufen.

Deutsches Reich.

Reichstagsabgeordneter Katz legt sein Amt nicht nieder.

Berlin, 13. Januar. (R.) Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat sich der aus der kommunistischen Fraktion ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Katz als „zu keiner Fraktion zugehörig" in die Abgeordnetenliste eingetragen. Offenbar will er also auf sein Mandat nicht verzichten.

Tödlicher Unfall bei einer Theateraufführung.

In Volkmarsen ereignete sich bei einer Vereinstheateraufführung ein furchtbares Unglück. Der Kaufmann Heinrich Schmidt, der die Rolle eines Verbrechers spielte, sollte von einem Polizisten, der von dem 18jährigen Förstersohn Orlowski dargestellt wurde, erschossen werden. Der blindgeladene Revolver ging nicht los. Um den Auftritt möglichst echt zu gestalten, drang Schmidt mit einem Dolch auf seinen Gegenspieler ein und traf im Uebereifer den Förstersohn so unglücklich in die Brust, daß Orlowski tot zu Boden stürzte.

Aus anderen Ländern.

Keine Reise der ehemaligen Kaiserin Zita nach Ungarn.

Paris, 14. Januar. (R.) Wie das „Journal" aus San Sebastian berichtet, war das Gerücht im Umlauf, die ehemalige Kaiserin Zita beabsichtige, unverzüglich nach Ungarn abzureisen. Dieses Gerücht erklärt das Blatt für falsch.

Locarno — und die französischen Schulden.

Auf einer Tagung sagte der Minister für öffentliche Arbeiten de Monzie, daß die Arbeiten zu Locarno dem Auslande das wahre Gesicht Frankreichs gezeigt haben. Sie werden dazu verhelfen, daß die französische Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten leichter geregelt werden kann. Auch für eine Mitbeteiligung der Sozialisten werde sich das Kabinett Briand bemühen, um unter Mitarbeit der sozialen und demokratischen Parteien die Finanzlage Frankreichs zu bessern.

Oesterreichische Handelsvertragsverhandlungen.

Wien, 14. Januar. (R.) Die österreichisch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 18. Januar wieder aufgenommen werden. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland werden in der letzten Januarwoche beginnen.

Russische Hilfeleistung für die im Finnischen Meerbusen eingefrorenen Schiffe.

Moskau, 14. Januar. (R.) Sämtliche im Leningrader Hafen vorhandene Eisbrecher wurden aufgeboten, um den im Finnischen Meerbusen vom Eis eingeschlossenen ausländischen und Sowjetdampfern, deren Zahl 31 beträgt, Hilfe zu bringen. Zur Versorgung einiger Dampfer mit Lebensmitteln wurde ein Geschwader von Wasserflugzeugen ausgesandt. Der Dampfer „Johannes Maersk", der seit dem 27. Dezember vom Eise eingeschlossen war, ferner die Dampfer „Ingrid", „Sturm" und „Gotenhof" wurden heute von Eisbrechern mit größter Mühe nach Leningrad geschleppt.

Der Ausländerbesuch in Sowjetrußland im Jahre 1925.

Aus Moskau wird von dem bei der Gesellschaft für kulturelle Verbindung bestehenden Bureau zum Empfang ausländischer Gäste bekannt gemacht, daß im Laufe des vergangenen Jahres 1664 ausländische Besucher der Länder des Sowjetbundes registriert worden sind. Hinsichtlich der Zahl der Besucher steht Deutschland mit 122 an erster Stelle, es folgt Amerika mit 113. 100 der ausländischen Reisenden waren Vertreter der Wissenschaft, 79 Künstler, 67 offizielle Vertreter ausländischer Staaten, 61 Parlamentarier und Politiker, 53 Industrielle, 40 Arbeiter (außerdem werden 109 Angestellte der Presse und des Druckereiwesens besonders registriert), 33 Studenten, 17 Militärs und 20 Personen, die nicht näher bezeichnet werden. Unter den Delegationen, die den Sowjetstaat besucht haben, werden die deutschen Abordnungen wiederum an erster Stelle genannt.

Keine Auflösung der Mossulkommission des Völkerbundes.

London, 14. Januar. (R.) Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, wird die Kommission des Völkerbundes zur Untersuchung der Mossulfrage, die sich an der türkischen Irakfront befindet, nicht aufgelöst werden, obgleich die bisherigen Mitglieder wahrscheinlich nach dem 20. Februar von ihren Posten zurücktreten werden.

Deutschland bleibt in der Mossulfrage neutral.

Entgegen anders lautenden Meldungen wird von gut unterrichteter Seite den Zeitungen mitgeteilt, daß sich die deutsche Regierung in der Mossulfrage weiterhin neutral zu verhalten wünsche. Reuter meldet dazu aus London: In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist nichts bekannt über die angebliche Absicht der französischen Regierung, ihre Dienste als Vermittlerin in der englisch-türkischen Meinungsverschiedenheit über Mossul anzubieten. Natürlich sei die französische Regierung wegen des französischen Mandats in Syrien und weil die Feindseligkeiten im nahen Osten die französische Regierung in eine unangenehme Lage bringen würden, stark an der Frage interessiert. Es werde angenommen, daß die britische und französische Regierung in engster Fühlung bezüglich aller möglichen Entwicklungen stehen und daß die französische Regierung über den Gang der bevorstehenden türkischen Verhandlungen in Angora auf dem Laufenden gehalten wird.

Letzte Meldungen.

Die Ausarbeitung eines Staatswirtschaftsplanes.

Beim Sejmmarschall Rataj fand gestern eine Beratung des Premiers Skrzyński mit Vertreter der Koalitionsparteien statt, an der die Abg. Głąbiński (Nat. Volksverband), Dębski (Poln. Volkspartei), Holeksa (Christl. Demokratie), Barlicki und Żuławski (Sozialistenpartei) teilnahmen. Herr Skrzyński begründet in längerer Rede die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Staatswirtschaftsplanes, die polnischen Sachverständigen zu übertragen wäre, ohne sich der Mitwirkung ausländischer Sachverständiger zu entziehen.

Herriots Wiederwahl.

Herriot ist zum Präsidenten der französischen Kammer mit 300 Stimmen wiedergewählt worden. 24 Stimmen fielen auf den Kommunistenführer Cachin. 250 Deputierte der Rechten enthielten sich der Abstimmung.

Ein heikles Problem.

Wie die „Morning Post" meldet, wird in Kreisen, die dem Völkerbunde nahestehen, mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England in der Abrüstungsfrage gerechnet. Die nächste Session des Völkerbundes wird wahrscheinlich eine der schwierigsten sein. In politischen Kreisen wird allgemein die Meinung geäußert, daß die Session vertagt werden wird.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Aufgebot.

Man gibt zur allgem. Kenntnis, daß

1. der Kaufmann **Alwin Miegel** ledig wohnhaft zu **Frankenberg**, Kr. Militsch, Sohn des verstorbenen Karl Miegel u. dess. Ehefrau Natalie, geb. Eichmann wohnhaft zu Kowalewo,
2. **Gertrud Alma Zeugner**, ledigen Standes, wohnhaft zu **Izbiczno**, Tochter des Landwirts Karl Zeugner u. dessen verstorb. Ehefrau Anna geb. Schönborn, wohnhaft zu Izbiczno,

gewillt sind, in den Ehestand zu treten.

Bekanntgabe (Aushang) des Aufgebots hat zu erfolgen in Izbiczno und in Frankenberg.

Dobrzyca, den 11. Jan 1926.

Der Standesbeamte
Kierczyński.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Donnerstag,	den 14. 1., abends 7½:	„Die Puppe",
Freitag,	den 15. 1., abends 7½:	„La Boheme".
Sonnabend,	den 16. 1., abends 7½:	„Der Evangelimann".
Sonntag,	den 17. 1., mittags 12:	1. Symphonie-Konzert unt. Leit. d. Dir. Piotr Stermicz.
Sonntag,	den 17. 1., abends 7½:	„Die Fledermaus".
Montag,	den 18. 1., abends 7½:	„Othello".

Am 12. d. Mts. entschlief sanft nach kurzem, schwerem Krankenlager, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Stefanowski

im Alter von 17 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag um 3½ Uhr von der Leichenhalle des St. Martinkirchhofes in Górczin aus statt.

Zur gefl. Beachtung!

Postlagernde Briefe sind nur mit voller Adressen-Angabe zustellbar.

POSENER TAGEBLATT.

Bestellschein.

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der **Versandbuchhandlung Drukarnia Concordia Poznań,** Zwierzyniecka 6, folgende **neue Romane:**

Heutiger Preis.

. . . Stück **Birkner,** „Raffkes neuer Chauffeur". Humoristischer Roman
. . . „ „ „Das Glück der Gladys Petersen". Roman.
. . . „ „ „Henner wird's schon schaffen". Humoristischer Roman.
. . . „ „ „Die 4 Glückskinder der vom Kleeblattschloß". Roman.
. . . „ „ „Wurstelpeter". Roman.
. . . „ „ „Die blonde Hindu". Roman broschiert.
. . . „ **v. Schlicht,** „Aber so was". Roman geb.
. . . „ **Hain,** „Die blonde Lore". „ „
. . . „ „ „Ihr guter Ruf". „ „
. . . „ **Courths-Mahler,** „Vergangenheit". Roman geb.
. . . „ **Schmidt,** „Der Kranz am Marterl". Roman geb.
. . . „ v. d. **Lanken,** „Zwischen zwei Welten". Roman geb.
. . . „ **Hain,** „Possenspiel" Roman geb.
. . . „ **Elzer,** „Schellings Eroberung". Roman geb

nach auswärts mit Portozuschlag.

Ort, Datum. Name (recht deutlich)

. . . .

Postanstalt.

. . . .

Bestellschein.

Wieder eingetroffen!

Unterzeichneter bestellt bei der **Versandbuchhandlung** der **Drukarnia Concordia** Poznań, Zwierzyniecka 6.

Heutiger Preis.

. . Stck. **Feuchtwanger,** „Jud Süsz". Rom.
. . Stck. **Papstbuch** mit 682 Abbildung.
. . Stck. **Hahn, Kochbuch** groß. Ausgabe. gb.
. . Stck. **Hahn, Kochbuch** kleine Ausgabe geb.

nach auswärts mit Portozuschl

Ort. Datum. Name (recht deutlich)

. . . .

Postanstalt.

. . . .

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A.
Wolnica.

Freitag, nachm. 4¼ Uhr.
Sonnabend, morgens 7½ Uhr.
Sonnabend, vorm. 10 Uhr.
Sonnabend, nachm. 4½ Uhr, mit Schrifterklärung.
Sabbathausgang 5 Uhr 5 Min.
Werktagsandacht: morgens 7½ Uhr, mit anschl. Lehrvortrag. nachm. 4½ Uhr.

Synagoge B.
(Israel. Brüdergemeinde).
Ulica Dominikańska.

Sonnabend, nachm. 4 Uhr Mincha.

Zum Post-Abonnement.

Vom 15. d. Mts. an nehmen alle Postanstalten für unsere Zeitung Bestellungen für die Monate **Februar-März** entgegen. Die Briefträger kommen für die Monate **Februar-März** nicht mehr zu den Abonnenten wegen Erneuerung des Abonnements. Wer daher das „Posener Tageblatt" sich für die Monate **Februar-März** sichern will, ist genötigt, selbst direkt bei der zuständigen Postanstalt die Bestellung aufzugeben. Man möge dies nicht versäumen.

Wir bitten die Bezieher, welche etwa bei der Post auf Nichtannahme oder Schwierigkeiten stoßen, uns sogleich zu benachrichtigen.

Es empfiehlt sich, entweder persönlich oder schriftlich bei den Postämtern die Bestellung zu veranlassen; in der Regel wird dann auch das Postamt den Briefträger zur Kassierung des Abonnementsbetrages beauftragen. **Ganz wesentlich** ist der Umstand, daß alle Bezieher nur auf pünktlichen Empfang der Zeitung rechnen dürfen, wenn sie spätestens bis zum 25. d. Mts. das Abonnement bezahlt haben. **Bei späterer Bestellung** kann der Verlag nicht für pünktliche Lieferung garantieren. Es liegt im eigensten Interesse der Bezieher, diese Formalitäten zu erfüllen, also spätestens bis zum 25. d. Mts. das „Posener Tageblatt" zu bestellen. Für die Bewohner in Kongreßpolen und Kleinpolen ist jetzt ein direktes Post-Abonnement zulässig.

Die Zahlung für das Abonnement kann direkt an den Verlag oder auf unser Postscheckkonto Poznań 200 283. geschehen. Man vergesse nicht, auf der Rückseite des Coupons zu bemerken: „Für Abonnement der Zeitung". Bezieher, welche die Bestellungen bis zum 25. d. Mts. bestimmt erledigen, dürfen auch auf pünktliche Ueberweisung und den Empfang der Zeitung rechnen.

Posener Tageblatt.

Das Ergebnis der Kreistagswahlen

im Kreise Inowrocław ist für die Deutschen insofern nicht ungünstig ausgefallen, als diese insgesamt sieben Sitze im neuen Kreistag innehaben werden. Die polnischen Parteien erreichten folgende Ergebnisse: die Christliche Demokratie und Christliche Landw. Partei 4 Sitze, die polnische Volkspartei „Piast“ 6 Sitze, die Nationale Arbeiterpartei 12 Sitze und die Polnische Sozialistische Partei 3 Sitze. Das Übergewicht im neuen Kreistag werden mithin die Linksparteien haben.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. Januar.

Der fortgesetzte Krach im Posener Stadtparlament.

Weit stürmischer, als in der denkwürdigen Eröffnungssitzung, ging es gestern im Stadtparlament her. Wohl hatte man mit stürmischen Beratungen gerechnet, aber daß die Wogen des Parteihaders so hoch gehen würden, war nicht angenommen worden. Der Parteiteufel suchte und fand seine Opfer, und die Zwietracht, diese Schattenpflanze, trieb ihre Blüten. Nun muß gesagt werden, daß diesmal die Linke auch an den Begebnissen mit schuld war. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie etwas voreingenommen den Kampf aufnahm. Die Rechte zog hier die letzten Register ihrer Diplomatenkunst auf, um die wütende Linke zu besänftigen. Es sollte ihr jedoch nicht glücken, da sie mit ungeeigneten Waffen zu Werke ging. Zwei Zankäpfel waren es, die das erregende Moment bildeten, und zwar eine scheinbar harmlose Sache: die Besetzung der Plätze, und dann die Angelegenheit der Ausschußwahlen.

Über die Platzverteilung

interpellierte der Stadtv. Sniady, der dem Vorsitzenden der Versammlung, Stadtv. Hedinger, vorwarf, daß er sich das Recht der Verteilung angeeignet habe. Es klingt kaum glaubhaft, daß nun stundenlang die Verteilungsfrage unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit den beliebten Zwischenberatungen erörtert wurde. Und dabei kam nichts heraus; denn, wie verlautet, wird ein Sonderausschuß das zweifelhafte Vergnügen haben, jeden Stadtverordneten richtig und bequem zu setzen. Im Laufe der Platzbesprechungen waren die verschiedensten Pläne aufgetaucht. Einer der Vorschläge ging dahin, eine Verschiebung der Bänke vorzunehmen, weshalb einige Stadtverordnete in ihrem Übereifer sogar zu einem Maßstab Zuflucht nahmen.

Den Höhepunkt aber erreichte die gestrige Tragikomödie, die nur etwas zu lang war, da sie doch 3¾ Stunden dauerte, nach der „großen Pause“, in der unter anderem Kurzweil auch Gelegenheit geboten war, die „Kampflust zu schärfen“.

Als es dann zur Erörterung der

letzten Ausschußwahlen

kam, gab es einen lustigen Redekrieg. Die schwere Artillerie war im Hintergrunde postiert und bollerte sich nun gegenseitig an. Der Kampf tobte um die Ungültigkeit der Wahl des Rechtsausschusses, da durch den Verzicht des Vertreters der Nationalen Arbeiterpartei der Beschluß tatsächlich zwischen Himmel und Erde schwebt und wohl so lange in dieser höchst unbequemen Lage verharren wird, bis eine erbarmende Seele Rettung bringt. In diesem Punkte legten beide Lager des Stadtparlaments große Starrköpfigkeit an den Tag, so daß es zu keiner Einigung kam.

Da der Vorsitzende der Tumultszenen nicht Herr werden konnte, mußte er schließlich die Sitzung abbrechen, ohne daß auch nur ein Punkt der Tagesordnung erledigt worden wäre. Dem letzten Akte der Tragikomödie durfte die Öffentlichkeit beiwohnen. Wie man sich bei der giftigen Parteiatmosphäre eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt denken kann, erscheint sehr fraglich.

Agrarreformgesetz in deutscher Uebersetzung.

Das Blatt „Polnische Gesetze und Verordnungen in deutscher Übersetzung“, Poznań, Wały Leszczyńskiego 2, Geschäftsstelle der deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten, hat den ganzen Text des Agrarreformgesetzes (Dz. U. R. P. Nr. 1, 1926), sowie das vollständige Namenverzeichnis des dem Zwangsaufkauf unterliegenden Bodens (Dz. U. Nr. 2, 1926) übersetzt. Nichtabonnenten können die betreffende Nummer zum Preise von 2,35 zł (bzw. in Deutschland für 1,60 Rmk., Danzig 1,60 Gld.) sofort beziehen.

Außerdem erscheinen u. a. in Nr. 2/1926 vom 20. 1. 1926 des oben genannten Blattes folgende Verordnungen und Gesetze: 1. Personen- und Gepäcktarif der polnischen normalspurigen Eisenbahnen (Dz. U. Nr. 128 vom 29. 12. 1925). 2. Gesetz vom 25. 11. 1925 über den Kompetenzgerichtshof (Dz. U. Nr. 126, 1925). In Nr. 3 erscheint u. a. die Verordnung vom 21. 12. 1925 über die Reinigung und Magazinierung des Spiritus (Dz. U. Nr. 132 vom 31. 12. 1925).

Ueber die Temperatur für Winterende und Erstfrühling 1926

äußert sich Dr. Franz Baur in St. Blasien (Schwarzwald) folgendermaßen:

Der Winter begann sehr frühzeitig. Schon Ende November deckte unsere Gegenden eine Schneedecke, und in der ersten Dezemberhälfte war es sehr kalt, in der Zeit vom 4. bis 7. Dezember ging auch im Tiefland das Thermometer bis auf 20 Grad unter Null herunter (Löningen am 4. Dezember — 19 Grad Cels., Hannover am 5. Dezember — 23 Grad Cels., München — 27 Grad Cels., Bamberg am 6. Dezember — 22 Grad Cels., Bamberg am 7. Dezember — 20 Grad Cels.). Das letzte Dezemberdrittel brachte aber so ungewöhnlich hohe Temperaturen, daß von einem strengen Winter keine Rede sein kann. Die nächste Kälteperiode ist in der ersten Januarhälfte, spätestens um die Monatsmitte, zu erwarten, eine dritte wird vermutlich im Februar eintreten. Für den Erstfrühling, unter welchem Worte ich die Monate März und April zusammenfasse, ergibt die Rechnung:

a) Mit einer Wahrscheinlichkeit von 84 Prozent liegt die Durchschnittstemperatur (der beiden Monate März und April zusammen) in Deutschland zwischen 1,2 Grad Cels. über und 2,1 Grad Cels. unter der normalen;

b) die Wahrscheinlichkeit, daß der Erstfrühling 1926 sehr warm werde (d. h. daß die Durchschnittstemperatur in Deutschland um mehr als 2,0 Grad Cels. über der normalen liege), ist sehr gering, nämlich nur 1⅓ Prozent;

c) die Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Erstfrühling 1926 entweder zu kalt oder hinsichtlich der Temperatur ziemlich normal sein wird (daß also die Temperaturabweichung entweder eine negative sein oder die Temperatur höchstens 0,5 Grad Cels. über der normalen liegen wird), beträgt 80 Prozent.

Demnach ist im kommenden Erstfrühling mindestens mit einem ausgiebigen Kälterückfall zu rechnen. Ob sich dieser schon im März oder erst im April ereignen wird, kann heute noch nicht gesagt werden.

× **Briefmarken des Verbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose.** Der Verband zur Bekämpfung der Tuberkulose hat Postmarken mit seinem Abzeichen zum Preise von 10 und 15 gr herstellen lassen. Deren Verkauf erfolgt durch Vermittlung der Postämter, sozialen und Selbstverwaltungsinstitute in der Zeit bis zum 10. d. Mts. im ganzen Bereiche des Staates. Der Verband rechnet dabei auf die Unterstützung seines gemeinnützigen Vorhabens durch alle Schichten der Gesellschaft.

× **Die Uniformierung der niederen Staatsbeamten.** Der Ministerrat hat eine Verordnung erlassen, derzufolge die unteren staatlichen Beamten, die zum Tragen einer Dienstuniform verpflichtet sind, diese gegen Bezahlung von 25 % des Wertes der Kleidung werden erhalten können. Im Falle Verlustes oder Vernichtung der Uniform vor Ablauf der vorgeschriebenen Zeit, entstanden durch das Verschulden des Beamten, hat er sich auf eigene Kosten eine neue Dienstkleidung zu beschaffen.

× **Familienabend des Diakonissenhauses.** Das Orchester der Kinder-Symphonie, die Herr Konzertmeister Ehrenberg bei dem Familienabend des Diakonissenhauses am Sonntag 17. d. Mts. pünktlich abends 8 Uhr beginnend, im großen Saal des Evangelischen Vereinshauses leiten wird, setzt sich zum größten Teil aus seinen Schülern zusammen, zählt insgesamt 25 Mitwirkende, und zwar aus 8 ersten Geigen, 8 zweiten Geigen, Klavier, Kontrabaß, Kindertrompete, Trommel Kuckuck auf Nachtigall- und Wachtelpfeife, Knarre und Triangel. Eintrittskarten zu 1 zł und zu 50 gr sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und an der Abendkasse zu haben.

× **Der Männer-Turnverein Posen** begeht, worauf nochmals aufmerksam gemacht sei, am Sonnabend, 16. d. Mts., abends 8 Uhr im Zoologischen Garten sein 65. Stiftungsfest. Die Festfolge kann sich nicht nur mit den glänzenden Veranstaltungen des Vereins der früheren Jahre erfolgreich messen, sondern wird diese noch um ein erheblich Teil überragen. Freunde der edlen Turnsache können, auch wenn sie Nichtmitglieder des Vereins sind, als Gäste gegen 2 zł Eintrittsgeld der Veranstaltung beiwohnen. Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei Seeliger, St. Martinstr. 43, zu haben; der Kartenvorverkauf wird bereits Sonnabend mittag geschlossen.

s. **Auszeichnung.** Der Professor Dr. Stanisław Dobrzycki von der Posener Universität hat das Offizierkreuz der französischen Ehrenlegion erhalten.

s. **Gestorben** ist der Rittergutsbesitzer Antoni Kaźmierczak in Plonkowo, Kr. Inowrocław, im Alter von 65 Jahren.

s. **Plötzlich vom Tode ereilt** wurde gestern früh in der Bank Przemysłowców der über 70jährige Kwiatkowski aus der ulica Kalajczaka (fr. Ritterstr.).

× **Zu dem gestern gemeldeten Unfall in der Lazarusstraße** ist ergänzend mitzuteilen, daß der verletzte Tomas Sałata vermutlich beim Ueberschreiten der Straße von einem Kraftwagen zur Erde geworfen wurde und außer der Kopfverletzung mehrere Rippenbrüche davongetragen hat. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei des 9. Polizeireviers in der ul. Dąbrowskiego (fr. Prinzenstr.) zu melden.

× **Brände.** Die Feuerwehr wurde gestern abend 7¾ Uhr nach Grudziniec 48 b (fr. Ziegelstraße) zu einem Brande gerufen, der infolge leichtfertigen Umgehens mit Streichhölzern durch einen Mitbewohner des Hauses entstanden war, und bei dem ein Kopfkissen und ein Fenster verbrannten. — Im Hause Judenstraße 13/14 war gestern eine Decke in Brand geraten.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: durch Einbruch im Hause ul. Działyńskich 8 (fr. Naumannstraße) 100 zł und ein Smokinganzug im Werte von 300 zł; auf dem Hauptpostamt in der ul. Pocztowa (fr. Friedrichstraße) einem Herrn aus einer Aktentasche 400 zł; heut nacht auf einem Ziegeleigehöft in Rataj mehrere Hühner und Enten.

× **Der Wasserstand der Warthe in Posen** fällt weiter und betrug heut, Donnerstag, früh + 2,40 Meter, gegen + 2,88 Meter gestern früh.

× **Vom Wetter.** Heut, Donnerstag, früh waren 11 Grad Kälte.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag,	15. 1. 26:	Verein Deutscher Sänger: Übungsstunde.
Sonnabend,	16. 1. 26:	Männer-Turn-Verein: Stiftungsfest.
Sonntag,	17. 1. 26:	Veranstaltung des Diakonissenhauses (Familienabend) im Ev. Vereinshause.

Gottesdienst-Ordnung der deutschen Katholiken.

Vom 17. bis 23. Januar.

Sonntag. ½8 Uhr Beichtgelegenheit. 9 Uhr Predigt und Amt. 3 Uhr Rosenkranz und hl. Segen. 5 Uhr Vortrag in Neutomischel. — Montag, abends 7 Uhr Gesellenverein. — Dienstag, abends ½8 Uhr Generalversammlung der Lydia. — Sonnabend, 5 Uhr Beichtgelegenheit.

Oper.

„Aida“ von Th. Mazurkiewicz dirigiert.

In der „Aida“-Aufführung am 9. d. Mts., die gastweise Herr Th. Mazurkiewicz dirigierte, stand der Chor auf einem erheblich höheren musikalischen Kulturniveau wie neulich bei „Lohengrin“. Er hat sich sozusagen selbst rehabilitiert und auf diese Weise wenigstens einigermaßen den zweifelhaften Eindruck, den der Warschauer Herr auf dem Kommandolehnstuhl des Orchesters von der künstlerischen Leistungskraft der Posener Oper gewinnen mußte, nach der guten Seite hin beeinflußt. Man mied unfeine dynamische Sinnwidrigkeiten und behandelte die Winke des Wegweisers mit dem Taktstock nicht als unverständliche Zeichen. So trug die Stimmdämpfung in der Tempelszene des zweiten Akts nicht gering dazu bei, daß die feierlich-ernste Stimmung eine würdige klingende Tragfläche erhielt. Bei der Siegesfeier wiederum war es der festlich bewegte, die Takte der Chorgesänge miteinander verbindende Zug, welcher der Hauptanlaß wurde, daß der musikalische Inhalt des grandiosen Bühnenbildes zu packender Wirkung sich verdichtete. Es geht somit ganz gut, sobald der Wille zur Gründlichkeit und das Verständnis für die Bedeutung und Schönheit chorischer Ausdrucksmittel im Rahmen einer Oper nicht paralysiert werden. Es liegt letzten Endes nur im Interesse der Mitglieder eines Theaters selbst, wenn auch nur der Anschein verborgen bleibt, als ob die Wahrung einer künstlerischen Höhe von Durchschnittscharakter als große Nebensache angesehen wird. Da die „Aida“ mit beinahe unumschränkter Macht den Spielplan beherrscht, Herr Mascagni zudem vor einigen Wochen ihre dramatische Entwicklung nebst Knalleffekten en carrière formte, hätte Herr Mazurkiewicz eigentlich leichte Arbeit haben müssen. Aber er gab sich als Vorsichtsrat, detaillierte mehr als eingehend, so genau, daß er manchmal Fräulein Jakubowska (Aida) und Herrn Czarnecki (Radames) das kleinste Nötchen vordirigierte, ihnen gewissenhaft vor Augen hielt, wann eine längere Notendauer abzubrechen ist, daß er ihnen schulmeisterlich demonstrierte, wann er ein Stringendo für angebracht hielt, in welcher Phase ein Dekreszendo am Platze sei. Diese Fürsorge ging mitunter zu weit, die genannten führenden Rollen waren schließlich doch wohl einstudiert. Herr Mazurkiewicz gab fast jeden Einsatz, ist es dann verwunderlich, wenn die üble Angewohnheit, in völlige Abhängigkeit vom Kapellmeisterstab zu geraten, epidemisch wird? Die Wegweisungen, die der Gast dem Orchester gab, hielten sich in normalen Bahnen, waren also keine Entdeckungen. Die Tempi erfuhren überwiegend eine freizügige Behandlung. Herr Mazurkiewicz besitzt eine anständige Portion impulsiver Triebkraft im tondramatischen Schätzeheben, für die pathetischen orchestralen Auswirkungen, wie sie sein berühmter vorhin genannter Kollege bis zur Explosivspannung in die Höhe lenkte, reichte sein Temperament jedoch nicht aus, bzw. es kam nicht zur Anwendung. Sowohl Fräulein Jakubowska als auch Herr Czarnecki waren ausgezeichnete Repräsentanten eines klangvollen und gefühlsweichen Kunstgesangs. Sonst wäre noch zu erwähnen, daß die vier Engelstrompeten diesmal nur markiert wurden, geblasen wurde im Orchester. Über den Geschmack dieser Neuerung läßt sich streiten. Der Sendbote (Herr Ostoja) glänzte im Schmuck eines frischgewaschenen (oder neuangeschafften) weißen Trikots, und der Zierrat, welchen die Prinzessin Amneris und der Marschall Radames angelegt hatten, schien ebenfalls einen Säuberungsprozeß hinter sich zu haben bzw. eine Bereicherung des Theaterfundus darzustellen.

Alfred Loake.

---

* **Berent,** 13. Januar. Vergangenen Sonnabend wurde in Konitz, wohin er geflüchtet war, der hiesige Kreiskrankenkassenrendant Szczypior unter dem dringenden Verdacht der Unterschlagung amtlicher Gelder verhaftet und dem hiesigen Amtsgericht zugeführt, das seine Inhaftnahme anordnete. Sz. flüchtete von hier nach Konitz, wo er angab, er sei ein entlassener Beamter. Er schien aber verdächtig, man hielt ihn fest, fragte in Berent an und erfuhr hier, wie das „Pomm. Tagebl.“ berichtet, daß man es mit einem Defraudanten zu tun hatte.

* **Bromberg** 13. Januar. Tot aufgefunden wurde gestern nachmittag 3 Uhr in seinem Bette der 75jährige Adolf Lehmann, der im Hause Hindenburgstraße 3 ein Zimmer bewohnte. Der Arzt Dr. Bader stellte als Todesursache Gehirnschlag fest.

* **Jakóbowo, Kr. Inowrocław,** 11. Januar. Der „Kuj. Bote“ berichtet: Am 5. d. Mts., gegen 7 Uhr abends, verübte Selbstmord durch Erhängen der hiesige Besitzer eines 26 Morgen großen Grundstücks, Robert Dickmann, geb. am 19. April 1898 in Zagwin, Kr. Schubin. Der Grund zur Verübung der Tat dürfte darauf zurückzuführen sein, daß man D. stark im Verdacht hatte, am 21. Dezember 1925 die Scheune der hier wohnhaften Witwe Marie Hartwig in Brand gesteckt zu haben.

* **Nakel,** 12. Januar. Die fortschreitende Not und Verarmung macht in vielen Fällen eine regelrechte Ernährung der Kinder fast unmöglich. Um die kleinen Wesen nicht verkommen zu lassen, hat unsere Stadt in der alten evangelischen Schule ein Kinderheim eingerichtet. Die Wirtschaftsabteilung des Magistrats nimmt Anträge für die Aufnahme ins Kinderheim entgegen. Die Mittel zur Unterhaltung des Kinderheims werden durch freiwillige Gaben und durch Veranstaltung von Wohltätigkeitsfesten und Aufführung von kleinen Theaterstücken aufgebracht.

* **Wollstein,** 12. Januar. Sonnabend nacht um 2 Uhr war durch unvorsichtiges Umgehen des Dienstmädchens mit einer Lampe, die der Zimmerdecke zu nahe gekommen war, in der Molkerei ein Brand entstanden, der leicht böse Folgen hätte haben können und durch schnelles Eingreifen des Molkereiverwalters Manthey gelöscht und so größerer Schaden verhütet wurde. Als die Feuerwehr erschien, war der Brand bereits gelöscht.

Aus Ostdeutschland.

* **Löwenberg i. Schles.,** 12. Januar. In Querbach im Kreise Löwenberg starb dieser Tage im Alter von 83 Jahren der Kriegsveteran Eduard Dreßler, der seit jeher den Ehrennamen „Der Tambour von Wörth“ trägt. Als junger Soldat machte er die Feldzüge von 1866 und 1870 mit. Am 6. August 1870 kam er mit versprengten führerlosen Mannschaften aus dem Hohlweg der Straße Wörth—Fröschweiler heraus, als plötzlich eine französische Schützenlinie auftauchte. Ein versprengter Leutnant übernahm das Kommando, Dreßler schlug Sturmmarsch und feuerte damit, obwohl ihm der Schlägel in der Hand zerschossen wurde und der Leutnant an seiner Seite schwer verwundet stürzte, die Kameraden solange an, bis die französische Stellung genommen war. Dreßler erhielt dafür das Eiserne Kreuz und behielt seitdem den Ehrennamen „Der Tambour von Wörth“.

* **Ratibor,** 12. Januar. In Poppelau, Kreis Rybnik, stürzte, wie der „Ratib. Anz.“ berichtet, am Silvesterabend der Briefträger Gorny auf dem Nachhausewege so unglücklich, daß ihm ein Bleistift, den er angespitzt in der Brusttasche trug, durch die Kleidung tief in die Herzgrube drang. Gorny gab, als man ihn auffand, noch Lebenszeichen von sich, an seinem Aufkommen wird jedoch gezweifelt.

Wettervoraussage für Freitag, 15. Januar.

= **Berlin,** 14. Januar. **Bei frischen Südostwinden geringe Abnahme des strengen Frostes, einzelne Schneefälle.**

Lodzer Kinderhilfe.

Die in Nr. 10 d. Bl. quittierten und uns durch die Westpolnische Landwirtschaftliche Gesellschaft hier gesandten 50 zł sind eine Spende des Herrn Brauereibesitzers Gustav Schütz in Bentschen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

R. M. in R. Immer und immer wieder: Anfragen, denen die Abonnementsquittung und ein Briefumschlag mit Freimarke nicht beiliegt, werden von uns nicht beantwortet.

H. B. in R. Sie irren, indem Sie übersehen haben, daß es sich um sog. „ermäßigte Dauerpässe“ handelt, die zu bestimmten, ausdrücklich angegebenen Zwecken ausgestellt werden. Dagegen ist ausdrücklich gesagt, daß die bisherigen normalen Paßpreise unverändert geblieben sind; für diese trifft allerdings zu, daß ein Dauerpaß von 3 Monaten 1500 zł kostet. — Im übrigen herzlicher Dank und freundlicher Gruß.

B. N. in K. Da das Geld seinerzeit vorbehaltlos angenommen worden ist, können Sie zur nachträglichen Aufwertung nicht gezwungen werden. Im übrigen wird Ihnen wohl nichts weiter übrig bleiben, als einen Prozeß auf Löschung der Hypothek anzustrengen.

P. N. 12. Anfragen, denen kein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt, werden von uns nicht beantwortet.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 15. Januar.

Berlin 505 Meter. Abends 8—10 Uhr: Sendespiele. Die komische Oper: „Der Barbier von Bagdad“ von Peter Cornelius.

Breslau 418 Meter. Abends 8.15 Uhr: „Die spanische Fliege“, Schwank in 3 Akten.

Leipzig 452 Meter. Abends 8.15 Uhr: Bläserkammermusik. 9.15—11 Uhr: Volkstümliches Konzert.

Rom 425 Meter. Abends 8.40 Uhr: Symphoniekonzert.

Zürich, 515 Meter. Abends 8.30 Uhr: Französischer Rezitationsabend.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, 16. Januar.

Berlin, 505 Meter. Abends 8,30—10: Heiteres.
Breslau, 418 Meter. Abends 8,10: Deutsche Volkslieder.
Stuttgart, 446 Meter. Abends 8—9,30: Kammermusikabend.
Rom, 425 Meter. Abends 8,40: Konzert.
Wien, 530 Meter. Abends 7 Uhr: Beethoven-Abend.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Handelsnachrichten.

Eine Erhöhung der Kohlenpreise für den polnischen Eisenbahnbedarf war kürzlich von den Interessenten, und zwar in Höhe von 8—10 Prozent beantragt worden. Wie wir erfahren, hat das Warschauer Eisenbahnministerium seine Zustimmung verweigert. Im Falle dieser Erhöhung hätten sich die Preise für Lieferungen von Gruben I. Klasse auf 19.75, von Gruben II. Klasse auf 18.75 und von Gruben III. Klasse auf 18 Zloty je Tonne grobe und Würfelkohle gestellt. An der Eisenbahndienstkohle waren bisher das Krakauer Becken mit 65, das Dombrowaer mit 36 und das oberschlesische mit 16 Prozent ihrer jeweiligen Gesamtproduktion beteiligt.

Ein persisch-polnischer Handelsvertrag. Die persische Regierung hat sich durch den polnischen Gesandten in Teheran an die polnische Regierung gewandt und einen Vorschlag zum Abschluß eines Handelsvertrages unterbreitet. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, den Vorschlag anzunehmen und einen Handelsvertrag mit Persien auf der Grundlage der Meistbegünstigung abzuschließen. Spätestens im Februar soll der neue Vertrag zwischen diesen beiden Staaten unterzeichnet werden.

Die russisch-polnische Handelskammer. Am 20. Januar d. J. soll die russisch-polnische Handelskammer eröffnet werden. An den Feierlichkeiten werden zahlreiche Vertreter der russischen und polnischen Wirtschaft teilnehmen. Die Gründer der polnisch-russischen Handelskammer sind: der frühere Premier Ponikowski, Präses Sużycki und mehrere andere bekannte Persönlichkeiten.

Die Arbeitslosigkeit. Die letzte Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit im ganzen Staate weist bis zum 2. Januar ein Anwachsen der Arbeitslosen auf 313 709 Personen auf. Die Arbeitslosenziffer hat sich nach der letzten Statistik somit um 11 456 Personen vergrößert.

Zur Beschränkung des Lebensmittelexports aus Polen werden (laut „Polonia") z. Z. Ausführungsbestimmungen zu dem vom Sejm kürzlich verabschiedeten Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Artikeln des ersten Bedarfs ausgearbeitet. Wie von anderer Seite aus Warschau gemeldet wird, haben sich vor einigen Tagen in einer Konferenz mit Vertretern von landwirtschaftlichen und Handelsorganisationen usw. nur die Vertreter der Konsumgenossenschaften für ein Weizenausfuhrverbot ausgesprochen. Die Vertreter des Handels und der Mühlenindustrie stimmten nur für die Einführung gewisser Exportbeschränkungen. Da die Weizenausfuhr noch bis in die letzten Tage hinein ziemlich bedeutend gewesen ist, soll der Innenminister, wie verlautet, beim Ministerrat die gänzliche Unterbindung dieses Exports beantragt haben.

Eine Herabsetzung der Exportpreise für polnische Naphthaprodukte ist trotz des Bestehens einer Exportkonvention, durch welche die gegenseitige Konkurrenz auf den Auslandsmärkten ausgeschaltet werden sollte, von einigen galizischen Raffinerien vorgenommen worden. So hat das staatliche Unternehmen „Polmin" z. B. größere Posten von Gasöl nach der Schweiz zum Preise von 1.50 Dollar je 100 kg exportiert, während der Kartellpreis 1.60 beträgt. Der Preis für Petroleum wurde von 2.40 auf 1.80 Dollar je 100 kg herabgesetzt. Aus diesen Vorgängen können nicht nur Rückschlüsse auf die außerordentlich schwierige Lage der polnischen Naphthaindustrie (die wir unlängst ausführlich behandelt haben), sondern auch auf die Aussichten des Weiterbestehens des schon so oft ins Wanken gekommenen polnischen Naphthakartells gezogen werden.

Die russische Baumwollernte wird nach den neuesten sowjetamtlichen Daten für das ganze Gebiet der Union der Sowjetrepubliken auf 38 Mill. Pud Baumwollkapseln geschätzt, wovon 33 Mill. auf die mittelasiatischen Bezirke entfallen. Diese Schätzung ist um 3—4 Mill. Pud höher als die zu Anfang des letzten Herbstes gemeldete. Dennoch ist mit keinem stärkeren Faserertrag als 10—11 Millionen Pud zu rechnen, weil die Ergiebigkeit diesmal besonders gering sein soll. Wenn die mangelhafte Versorgung der russischen Baumwollgegenden mit Brotgetreide (dessen Preis schon Anfang Dezember stellenweise 4 Rubel je Pud erreichte) weiterhin anhält, ist sogar zu erwarten, daß die tatsächlichen Abtransporte noch weit unter der genannten Menge bleiben und daß die russische Baumwollindustrie wieder in erhöhtem Maße auf den Import amerikanischer und ägyptischer Rohbaumwolle angewiesen sein wird. Bis zum 1. November sollen bereits 5.5 Mill. Pud gereinigtes Faser bereitgestellt worden sein. Die Transporte von Rohbaumwolle nach dem russischen Zentralgebiet sollen sich bis Mitte Dezember schon auf über 5000 Waggons belaufen haben. Der größte Teil davon kam aus Turkmenistan. Für das neue Wirtschaftsjahr 1925/26 lautet der Anbauplan auf 654 000 Deßjatinen, wobei fast 30% mit Qualitätssamen eingesetzt sind. Man hofft, die nächste Ernte auf über 49 Mill. Pud steigern zu können.

Die Verlängerung des rumänischen Moratoriums. Das rumänische Amtsblatt vom 30. 12. 1925 veröffentlicht das von uns schon angekündigte Gesetz, durch welches das Moratorium für die Schulden in Festwährung um weitere 3 Monate, d. h. bis zum 15. März 1926, verlängert wird. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut: Das Moratorium, das durch die Gesetze vom 14. Mai 1923, vom 14. Dezember 1923, vom 19. Mai 1924, durch Beschluß des Ministerrats vom 1. Oktober 1924 und durch die Gesetzte vom 29. Dezember 1924 und 7. Mai 1925 jeweils verlängert worden war, ist für einen weiteren Zeitraum von 3 Monaten bis zum 15. März 1926 unter denselben Bedingungen wie in den früheren Gesetzen und Beschlüssen des Ministerrats verlängert worden. Diese Frist hört rechtmäßig auf bei Ratifizierung von Kollektivabkommen, die mit bestimmten Gläubigern getroffen werden. Falls die Frist von 3 Monaten, die für das Moratorium vorgesehen ist, während der parlamentarischen Ferien zu Ende geht, ist der Ministerrat ermächtigt, das Gesetz auf weitere 6 Monate zu verlängern.

Die Schuhindustrie in Deutschland gegen die Messen. Die außerordentliche Belastung, welche eine Beteiligung an den zahlreichen Messen der Schuhindustrie auferlegt, hat schon lange eine tiefe Abneigung gegen diese Veranstaltungen ausgelöst. Schuhindustrie und auch Schuhhandel haben jetzt zu dieser Frage Stellung genommen und es ist zu dem Beschluß gekommen, sich für das Jahr 1926 vorerst nicht an Ausstellungen zu beteiligen. Auf diesen Beschluß dürfte auch die Aufhebung der für Anfang Februar in Aussicht genommenen Schuh- und Ledermesse zu Berlin zurückzuführen sein.

Kontrolle über die amerikanische Getreidespekulation. (W. K.) Auf dem Chikagoer Getreidemarkt werden bereits seit 2 Monaten Maßnahmen zur Eindämmung der wilden Getreidespekulation durchgeführt und zwar auf Initiative des Federal Secretary for Agriculture durch das Board of Trade in Chikago. Die wichtigste vom Board of Trade ergriffene Maßnahme war die Einsetzung eines Geschäftsführungskomitees zwecks Stabilisierung des Marktes. Dem Komitee stehen besondere Vollmachten hinsichtlich der Kontrolle, Untersuchung und Disziplinierung der Börsenmitglieder zu. Es hat auch die Vollmacht anzuordnen, daß während bestimmter Perioden große Preissprünge dadurch hintanzuhalten sind, daß, falls die am jeweiligen Vortage realisierten Börsenpreise um ein bestimmtes Maß über- oder unterschritten werden, der Börsenhandel an dem bestimmten Tag sofort suspendiert wird. Durch diese Maßnahmen gelingt es einigermaßen, das breite Publikum vom Börsenspiele abzuhalten. Anfang des Jahres 1926 soll ein Clearing House für den Getreidehandel errichtet werden, dessen Funktionen die Übersicht über die tägliche Geschäftslage erleichtern werden.

Märkte.

Getreide. Krakau, 13. November. 45proz. Krakauer Weizenmehl 67—68, „00" Krakauer Grießmehl 69—70, „0000" Kongreßmehl 61—62, „000" Grießmehl 65—66, 60proz. Krakauer Roggenmehl 41—42, 65proz. Posener 42—45, 65proz. Krakauer 39—40, W.-Kleie 17—17½, R.-Kleie 16½—17, gew. Graupen 35 bis 37, Gerstengrütze 35—37, Burmareis II 87—95, Tendenz anhaltend. Domänenweizen 37—38½, Handelsweizen 35½—36½, Inlandsdomänenroggen 24½—25, Handelsroggen 22½—23½, Domänenhafer 24—25, Handelshafer 23—24, Braugerste 26—27, Graupengerste 23½—24, Futtergerste 23—23½, neuer rumänischer Mais 30—30½, Vikt.-Erbsen 55—60, gew. Erbsen 40—45, weiße Langbohnen 35—45, Kurzbohnen 32—36, Perlbohnen 50—56, Rapskuchen 27—28, Leinkuchen 40—42, Winterraps 62—65.

Warschau, 13. Januar. Für 100 kg fr. Verladestation. Roggen 118 f hol 20½—21½, Weizen 34, Mahlgerste 21, Hafer 24, W.-Kleie 14½, R.-Kleie 12½, 50proz. R.-Mehl 37 zł.

Lemberg, 13. Januar. 55proz. Roggenmehl loko Sokal 38, Luxusweizenmehl loko Dubno 63, 50proz. 56, Weißweizen 31¼ bis 32¼, Rotweizen 33¼—35¼, Roggen 19½—20½, Braugerste 20—21, Futtergerste 16—17, Hafer 19½—21, (Schätzungsweise ohne jegliches Geschäft).

Danzig, 13. Januar. Weißweizen 13—13.75, Roggen 8¼ bis 8.35, Gerste 8.79½, Futtergerste 8—8.25, Hafer 8—8.50, Erbsen 10—11, Viktoria 15, R.-Kleie 5¼—5½, Weizenkleie 6½—7.

Berlin, 13. Januar. Getreide- und Ölsaaten f. 1000 kg fr. Verladestation. Mehl und Kleie f. 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 249—255, Pommereller 249—255, märk. Roggen 147—155, Pommereller 146—153, Braugerste 183—210, Winterfuttergerste 151 bis 165, märk. Hafer 160—171, Weizenmehl 34—36½, Roggenmehl 22¾—24½, W.-Kleie 11¼—11½, R.-Kleie 9¾—10¼, Raps 250 bis 255, Vikt.-Erbsen 26—33, Speiseerbsen 22—25, Futtererbsen 19—22, Peluschken 18—19, Feldbohnen 19—21, Wicken 20—23, blaue Lupinen 12—12½, gelbe 14—15, Seradella 18—19, Rapskuchen 15¼—15½, Leinkuchen 23.60—23.80, Torfmelasse 8.20 bis 8.40, Kartoffelflocken 14.70—15.40. Tendenz schwächer.

Breslau, 13. Januar. Für 100 kg in deutscher Mark fr. Verladestation Schlesien. Weizen 22.30, Roggen 14.60, Braugerste 18, Wintermittelgerste 15½, Winterraps 34, Leinsamen 34, Mohn blauer 87, Weizenmehl 34½, Roggenmehl 23½. Tendenz für Getreide sehr ruhig.

Chikago, 12. Januar. Cts. für 1 bushel. Weizen Hardwinter Nr. II loko 181¼, Mai alt 173, neu 175, Juli neu 151⅛, September neu 143½, mixed Nr. III loko 176, Roggen Mai 109½, II loko 104, Juli 108¼, Mais Mai 88⅝, gelb Nr. II loko 80½, weiß Nr. III loko 82, gemischt Nr. III loko 79½, Juli 90⅞, September 91⅞, Hafer für Mai 45¾, weiß Nr. II loko 43½, Malting-Gerste loko 66—78. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Metalle. Neu-Beuthen, 13. Januar. Rohguß Friedenshütte Nr. I 200 zł pro Tonne loko Station Neu-Beuthen.

Warschau, 12. Januar. Vom 15. Januar ab verpflichten folgende Preise für 1 kg loko Fabrik ohne Verpackung: Messingarmatur 3.40 zł, Bronzearmatur 4.20, Phosphorbronze 4.65, Galanteriemessing 5.00 zł, Nägel und Draht loko Lager Fabrik, Nägel für 60 kg netto Gewicht 9 zł, Draht für 100 kg 60 zł. Zu obigen Preisen erteilen die Firmen bei größeren Aufträgen bis zu 15% Rabatt.

Berlin, 14. Januar. Amtliche Notierungen für 1 kg in deutscher Mark. Elektrolytkupfer sofort. Lieferung cyf. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 134¼, Raffinadekupfer 99 bis 99.3% und Standardkupfer I 1.18—1.19, Orig.-Hüttenrohzink i. fr. Verkehr 0.76—0.77, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.66—0.67, Orig. Hüttenaluminium 98—99% 2.35—2.50, dasselbe in Barren, gew. und gez. in Drahtbarren 2.40—2.50, Reinnickel 98—99% 2.40—2.50, Antimon Regulus 2.05—2.10, Silber mind. 0.900 f. in Barren 93½—93¾ Mk. für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.80—2.82½ für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.25—14.50 Mk. für 1 Gramm.

Wolle. Havre, 13. Januar. Für 100 kg fr. loko 1660, Februar 1650, März 1650, April und Mai 1650 franz. Franks. Tendenz ruhig.

Bielitz-Biała, 13. Januar. Amerik. Wollpreise in Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Buenos Aires Supra AA 64—68, Prima A 52—56, Sekunda B 47—48, Crossbread C 38—43, Crossbread D 25—30, Crossbread E 21—24, Kammgarn II/40 A Ia 17.75, Schw. Fr für 1 kg Vigogne 2.65—7.30 zł je nach Güte, Jute-Garn 3.60, Jutestoff 3.90, Jutesäcke 4.60, Juteabfälle 21.50—21.75 zł für 100 kg, Madopolane 90, Wäsche Oxford 1.70, Hausleinen 2.25, bedruckter Barchent 60 cm breit 1.70, glatter Barchent 70 cm 2.25, breites Sibir 90 cm 3.15, bedrucktes Creton 70 cm 1.35 zł, Metkali 76 cm 1.60, Ceig 110 cm 3.45—5.40 zł pro Meter.

Lublin, 13. Januar. Einsträhnige Wolle 3—3.25 zł, Cheviot 2.25—2.50, Baumwolle 1.50—1.80—2 zł für 1 kg. Tendenz schwach.

Baumwolle. Bremen, 13. Januar. Amtliche Notierungen für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 21.51, Januar 20.25, März 20.35—20.27, Mai 20.39—20.32, Juli 20.23—20.18, September 19.80—19.64, Oktober 19.58—19.50, Dezember 19.38—19.26. Tendenz ruhig.

Posener Börse.

	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
4 Pos. Pfdbr. alt	—	—	Hartw. Kant. I.-II.	2.50	—
6 listy zbożowe	4.30	4.65	Herzf. Vikt. I.-III.		—
		4.55	Hurtown. Skór I.-IV.	—	—
8 dolar. listy	2.25	—	Juno I.-III	—	—
			Lubań I.-IV.	—	—
5 Poż. konwers	[illegible].34	[illegible]	Dr. R. May I.-V.	19.50	19.20
					19.50
10 Poż. kolejowa	—	—	Pal. i Tart. Wagr. I.-II	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—	—	Młyn Pozn. I.-IV.	—	—
Bk. Przemysł. I.-II.	—	—	Młyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI	4.00	4.00	Płótno I.-III.	—	0.07
Bk. Ziemian I.-V.	2.40	—	Pneumatyk I. IV.	—	0.08
Arkona I.-V.	—	.90			0.10
Barcikowski I.-VII	1.00	—	Sp. Drzewna I. VII.	—	—
Brow. Krotosz. I.-V	—	1.00	Sp. Stolarska I.-II.	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II.		—
Gegielski I.-IX	—		Tri I.-III.	—	—
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	0.50	Unja I.-III.	[illegible].75	—
Centr. Skór I.-V.	—	—	Wag. Ostrowo I.-IV.	—	—
Dębieńko I.-V.	—	—	Wisła, Bydg. I.-III	—	—
Goplana I.-III.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI	0.30	—
C. Hartwig I.-VII	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	1.00	—

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
Amsterdam	—	232.20	Paris	23.76	23.26
Berlin*)	169.00	167.00	Prag	—	20.77
Helsingfors	—	—	Stockholm	—	—
London	34.61	34.08	Wien	100.15	78.50
Neuyork	7.12	7.02	Zürich	137.59	137.20

* über London errechnet.

Effekten:	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
6% P. P. Konwers	100	100	Nobel II.—V.	1.43	—
5% „	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	0.61	0.64
6% Poż. Dolar	62.00	67.50	Modrzejów. I.—VII	2.35	2.40
10% Poż. Kolej. S. I	119	119	Ostrowieckie I.-VII.	4.45	5.00
Bank Dysk. I.—VII	5.40	5.40	Starachow. I.—VIII	0.95	1.04
B. Handl. W. XI.-XII	1.75	2.00	Zieleniewski I.-V.	9.00	9.00
B. Zachodni I.-VI.	1.00	1.00	Żyrardów	7.25	7.80
Chodorów I.-VII.	3.40	5.45	Borkowski I.-VIII.	—	0.75
W. T. F. Cukru	1.85	2.10	Haberbusch i Sch.	5.30	5.30
Kop. Węgli I.-III.	1.58	1.65	Majewski	—	—

Tendenz: etwas stärker.

Danziger Börse.

Devisen:	14. 1. Geld	13. 1. Geld		14. 1. Geld	14. 1. Brief	13. 1. Geld	13. 1. Brief
London	25.208	25.208	Berlin	123.393	123.704	123.595	123.905
Neuyork	5.2052	—	Warschau	72.03	72.22	72.16	72.34
Noten:							
London	—	—	Berlin	—	—	123.565	123.875
Neuyork	—	5.2077	Polen	71.06	71.34	72.53	72.72

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	14. 1.	13. 1.	Devisen (Geldk.)	14. 1.	13. 1.
London	20.374	20.372	Kopenhagen	104.39	104.37
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	85.49	85.44
Rio de Janeiro	0.625	0.626	Paris	15.71	15.69
Amsterdam	168.61	168.64	Prag	12.415	12.417
Brüssel	19.045	19.045	Schweiz	81.03	81.035
Danzig	80.75	80.76	Bulgarien	2.915	2.965
Helsingfors	10.555	10.535	Stockholm	112.36	112.34
Italien	16.92	16.92	Budapest	5.87	5.87
Jugoslawien	7.42	7.41	Wien	59.05	59.05

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	14. 1.	13. 1.		14. 1.	13. 1.
Harp. Bgb.	*103	* 95	Görl. Wagg.	21¾	21½
Kattw. Bgb	8¾	8¼	Rheinmet.	20	—
Laurahütte	33	—	Kahlbaum	—	88
Oberschl. Eisenb.	* —	* 38¼	Schulth. Pt.	113	111
Obschl. Ind.	* 40¼	* 38½	Dtsch. Petr.	73	66
Dtsch. Kali	114	110	Hapag	*107¾	* 99½
Höchst. Farbw.	115¼	111½	Dtsch. Bk.	*112[illegible]	* 110¼
A. E. G.	* 92¼	* 89	Disc. Com.	*109	* 107¾

Tendenz: sehr fest.

Ostdevisen. Berlin, 14. Januar, 1[30] nachm. Auszahlung Warschau 58.[illegible]5—58.45, Große Polen 57.31—57.89, Kleine Polen 56.71—57.29.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 14. Januar, mittags 12[30] Uhr. (R.) Die günstigen Aussichten auf das baldige Zustandekommen des Montantrustes und anderes mehr wirken sehr befestigend auf die Börsenstimmung. Bei lebhaftem Geschäft setzen die Kurse auf allen Gebieten, namentlich aber für Montan- und Schiffahrtswerte 2 bis 3 Prozent, für Kaliaktien und andere bis 4 Prozent höher ein. Auch Bankaktien bis vereinzelt 1 Proz. höher. Rentenwerte gleichfalls fest, namentlich Vorkriegs- und Goldpfandbriefe.

Der Aufsichtsrat der Bank Polski hält heute eine Konferenz ab, in der Budgetfragen erledigt und die Dividende festgesetzt werden sollen. Die Dividende je Aktie soll 11 Złoty betragen.

Die Bank Polski zahlte um 10 Uhr 6.95 zł für einen Dollar.

Der Złoty am 13. Januar 1926. Zürich: Überw. Warschau 73, London: Überw. Warschau 35, Neuyork: Überw. Warschau 12.50, Wien: Złoty 98—99, Überw. Warschau 98.75, Prag: Złoty 490½ bis 492½, Überw. Warschau 489—495, Budapest: Złoty 10 000—10 600, Tschernowitz: Überw. Warschau 27.50, Bukarest: Überw. Warschau 28, Riga: Überw. Warschau 70.

1 Gramm Feingold für den 14. Januar 1926 wurde auf 4.7354 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 9 vom 13. 1. 1926.) (1 Goldzloty gleich 1.3396 Złoty.)

Dollarparitäten am 14. Januar in Warschau 7.12 zł, Danzig 7.21 zł, Berlin 7.20 zł.

Für alle Börsen- und Marktberichte übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr und Haftpflicht.